

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Post-Verwaltung - Verzeichn. für 1893 unter Nr. 4709.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Beerdigungs- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I, 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Landproletariat und Seelenverkäufer.

Für den genauen Kenner der sozialpolitischen Vorgänge, welche sich mehr hinter den Kulissen, als auf dem lauten Markte abspielen, ist ein Vorkommnis der letzten Woche recht interessant gewesen, das sich auf die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter bezieht. Ein Offiziosus wußte zu melden, daß amtliche Vorarbeiten für eine Regelung des Gesinde-Maklerwesens und für Maßregeln zur Bekämpfung des Kontraktbruchs stattgefunden hätten, daß dieselben aber jetzt eingestellt und aufgegeben seien, weil behördliche Eingriffe in das ländliche Arbeitsverhältnis sich nicht als thunlich erwiesen hätten. So unscheinbar nun diese Nachricht aussieht, so klar beweist sie wieder einmal, wie konsequent unsere sonst so hastig arbeitende Gesetzgebungs-Maschinerie vor agrarischen Interessen halt macht; der Landproletariat hat in absehbarer Zeit noch weniger als der städtische Arbeiter von ihr etwas zu erwarten, er müßte sich denn entschließen, sich der modernen Arbeiterbewegung rascher anzuschließen, als er es bisher gethan hat.

Das ländliche Gesinde-Vermittlungswesen ist einer der wundensten Punkte der Landarbeiterfrage. Daraus erklärt sich wohl auch, daß die berühmte Enquete des Vereins für Sozialpolitik über die Landarbeiter-Verhältnisse in Deutschland so gut wie nichts darüber enthält. Dafür hat ein enkant terrible der Agrarier, der Dekonomierath von Mendel-Halle, auf der Versammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes vom Anfang dieses Jahres ein wenig den Schleier von den schauerhaften Zuständen gezogen, die auf diesem Gebiete herrschen. Er theilte mit, daß die großen Landwirthe ihr ländliches Gesinde in der Hauptsache von Privatagenten und Maklern bezögen. Diese „Geschäftsleute“ aber seien sehr eigenthümlichen Charakters. Eine Umfrage bei ca. 116 deutschen Städteverwaltungen habe ergeben, daß nur achtunddreißig dieser Städte lauter unbestrafte Gesindemakler besäßen. Die meisten dieser Herren seien schwer und wiederholt bestrafte Individuen, die meist weder die nöthige Bildung noch das nöthige Geld besäßen, um ein derartiges Gewerbe betreiben zu können. Aus dem „gebildeten“ Deutsch in das Gemeinverständliche überseht heißt das, daß diese Sorte von „Unternehmern“ im Wesentlichen von dem Gelde lebt, welches sie aus den Arbeitern herauspreßt. Es kommt auch vor, daß der Agrarier von diesen Gekunkten betrogen wird; so sollen nach Mittheilungen auf der Generalversammlung eines sächsischen Agrariervereins vom Juni 1892 dortigen Gutsbesitzern Agenten mit 500 und 900 Mark durchgegangen sein, die versprochen hatten, das nöthige Ausbeutungsmaterial für die Besitzungen jener Herren „franko“ zu liefern. Der schon genannte Herr von Mendel-Halle gab beim Deutschen Landwirthschaftsrath eine ganz beredte Schilderung des „Geschäftsbetriebes“ solcher Agenten, den übrigens der „Vorwärts“ an einzelnen Beispielen, bei

welchen arme Seelen in die Provinz verschachert worden waren, ebenfalls schon öfter dargestellt hat. Häufig suchten die Makler die Bücher oder Zeugnisse der Dienstboten in Händen zu behalten, um noch etwas aus ihnen herauspressen zu können; ein sehr beliebter Weg hierzu sei auch die Gewährung von Unterkunft unter der Vorpiegelung, daß sich dann leichter eine gute Stelle finden lassen werde. Das geschehe nur immer bei solchen Stellersuchenden, bei denen der Vermittler merkt, daß sie etwas besitzen. Die Leute würden dann so lange hingehalten, bis die Rechnung für Wohnung und Unterhalt den Werth ihrer Sachen zu übersteigen droht, dann aber unter Zurückbehaltung der Sachen auf die Straße gesetzt. Endlich pflegten viele Makler durch schwindelhafte Zeitungsinserate (200 Knechte werden gesucht und dergleichen) Leute an sich zu locken, um sie dann durch Abforderung einer Vorauszahlung für Vermittlung zu pressen oder aber um Anknüpfungen ebenso schwindelhafter Art mit Arbeitgeber zu suchen. Solche Dinge sehen dem Sklavenverkauf ähnlich, wie ein Ei dem anderen.

Nun schien es im Mai d. J., als wenn die Schilderung dieser Zustände Eindruck auf die Regierung gemacht hätte. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe erließ eine Verfügung an die Regierungspräsidenten, in welcher er folgende Vorschläge zur Abhilfe mittheilte: 1. Die Ankündigung offener Dienststellen durch Zeitungen darf nur soweit geschehen, als nachweislich Aufträge vorliegen; 2. Die Beherbergung und Beföstigung dienstsuchender Personen durch Stellenvermittler ist zu verbieten; 3. Der Abschluß des Miethsvertrages hat schriftlich zu erfolgen; 4. Die Stellenvermittler sind zu verpflichten, sich bei jeder dienst- oder arbeitsuchenden Person zu vergewissern, daß sie nicht anderweitig kontraktlich gebunden sind, und in den Büchern einen Vermerk darüber aufzunehmen, wie sie sich diese Ueberzeugung verschafft haben; 5. Die Polizeibehörden haben die Bücher genau zu kontrolliren und nöthigenfalls durch Rückfrage bei anderen Behörden über die Richtigkeit der gemachten Eintragung Sicherheit zu verschaffen. Die Unterbehörden sollten Erhebungen über diese Dinge anstellen und darüber an den Minister berichten. Die Erhebungen waren für die Agrarier dadurch verflücht, daß sie ihre Spitze mit gegen den von den Landwirthen so viel bejammerten Kontraktbruch des ländlichen Gesindes kehrten. Namentlich die Vorschläge unter 4 und 5 hatten diesen Zweck; die behördliche Ueberwachung des Gesinde-Vermittlungswesens sollte eine Art von Polizeiaufsicht im Interesse der Agrarier werden und dazu dienen, „widerpenntige“ Arbeiter sehr bald zum „Gehorsam“ und zur Unterwerfung unter den Gutsbesitzer zurückzuführen. Aber wenn man diese Spitze auch auf den ersten Blick erkannte, so versprach doch das in Aussicht gestellte Vorgehen gegen die Ausbeutung des Landproletariats durch Beherbergung und Beföstigung wenigstens Etwas im Interesse der Arbeiter, und man durfte dem Ergebnis der amtlichen Erhebungen nicht ohne Interesse entgegensehen. Nun ist das Ergebnis da und es heißt: „Alles bleibt

beim Alten.“ Damit müssen sich alle Diejenigen begnügen, die ein Interesse an der Lage der Landarbeiter haben. Kein Wort wird mitgetheilt über etwaige Mißstände, auf die man stieß; es ist „nicht thunlich“, einzugreifen, und damit hat sich der simple Unterthanenverstand zu begnügen. Wer aber zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der weiß wohl, was das Ganze bedeutet. Trotz allem Jammer über die Betrügereien der Gesindevermittler, denen der Agrarier ebenfalls dann und wann zum Opfer fällt, brauchen die Edelsten der Nation dringend jene Ganner, welche ihnen die nöthigen „Hände“ für die harte Arbeit auf dem Lande zuweisen. Eine geregelte Gesindevermittlung müßte den Arbeitssuchenden offen stehen, was ihrer unter der gutsherzlichen Fuchtel wartet; dann blieben die „Hände“ aber aus. Und so haben die Agrarier der Regierung offenbar abgeminkt. Sie wollen lieber das Gannerthum der Gesindevermittler, das ja auch hauptsächlich auf Kosten der Proletariat existirt, weiter mit in den Kauf nehmen, als sich selbst den so überaus werthvollen Zufluß „frischer“ Arbeitskräfte abschneiden. Daher auch die Klage der Vereine, die Arbeitsvermittlung für's Land eingerichtet haben, über die mangelhafte Betheiligung der Landwirthe. So spielen Agrarier- und Gannerthum unter einer Decke und so offenbart sich die Gemeinsamkeit der Interessen in schönem Bunde. Ein erbauliches Schauspiel!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. Oktober.

Der Bundesrath beschloß in seiner heutigen Sitzung in bezug auf den Antrag, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehsuchen, die im Reichstage in der Session 1892/93 unerledigt gebliebene Vorlage unverändert wieder vorzulegen.

Synodenweisheit. Mit dem Herbstnebel haben sich auch einige preussische Provinzialsynoden zusammengeballt. Das Licht der Aufklärung scheidet den Synodalen peinlich in die trüben Kenglein, denn wie sie auch zwinkern und blinkern und geblendet die schweren Lider schließen, die Sonne leuchtet weiter. Da haben sie sich denn das Hirn zermartert, um ein Heilmittel gegen Naturwissenschaft und Sozialdemokratie auszufindeln. Von „ungeahnten dämonischen Mächten, welche den Volksgeist zerrütten“, wimmerte in Berlin der Hopsprediger Stöcker. Er meint damit die Sozialdemokratie. Wie man diese dämonischen Mächte wirksam beschwört, das hat die Magdeburger Synode herausgefunden. Nicht mit dem Wort, weder mit dem „Wort Gottes“, noch mit dem der Geistlichen glaubt sie das Erreichen zu können, sondern mit der Polizei. Gegen die Einsprache des Professors Beyschlag nahm die Synode eine Resolution an, die eine Erweiterung des § 166 des Str.-G.-B. zum Schutz

### Feuilleton.

143

### Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

Der Alte erhob sich und ging einigemal im Garten auf und ab, um die Nahrung zu überwinden, die diese Erinnerungen ihm erregt hatten. Edmund blieb tief sinnig zurück und maß die Erzählung des Pfarrers an seinen eigenen Erfahrungen. Sollte er diese jetzt schon in einem anderen Lichte sehen oder sie gar aus seinem Lebenslaufe hinweg wünschen? Am liebsten wär' es ihm gewesen, wenn er sich gegen den alten Mann recht herzlich hätte erbittern können, zu welchem ihn aber sowohl eigene Neigung, als die Seelenverwandtschaft zog, in welcher jener die Jugend mit seinen eigenen Eltern verlebte hatte. Der Pfarrer kam lächelnd zurück und setzte sich wieder neben den Gräbelnden. „Im Leben kann es nicht anders sein“, sing er wieder an, jedes Gefühl, jede Gesellschaft, Stimmung und Freundschaft hat ihre Geschichte, alles steigt, erreicht den höchsten Gipfel und fällt wieder. So war denn auch die schönste Eintracht in unserer feltamen Vereinigung schon entschunden, noch ehe wir eine Veränderung hatten bemerken können. Der heilige Lacoste hatte zu Lucien eine gewaltige Leidenschaft gefaßt, und das fromme, sanfte Wesen fühlte sich dadurch sehr unglücklich, ob sie sich gleich auch von dem jungen Beauvais mehr zurückzog. Darüber wurde dieser anfangs verlegen, dann

geängstigt und über Lacoste ergrimmt, dem er bis dahin mit vieler Liebe war zugehan gewesen, indem er glaubte, daß dennoch eine geheime Neigung zu diesem wilden Menschen seine Braut ihm so sichtlich entfremdete. In dieser Spannung verhielten sich die beiden Freunde und mußten sich doch in der Gesellschaft immer wieder treffen: eine heitere Mittheilung und gegenseitiges Verständnis schien unmöglich, so daß der Groll, vorzüglich bei Lacoste, immer tiefere Wurzel schlug, der sich auch nach einiger Zeit nur wenig mehr bezwang, seinen Widerwillen gegen Beauvais öffentlich kundzugeben. Bald aber war meine eigene Stimmung von der Art, daß ich die anderen um mich her nicht mehr beobachten konnte. Euphemie's Bruder, der Stolz der Familie, versank in eine Krankheit, die eine Anzeichen zu werden schien, und nun dachten die Eltern daran, die Tochter mit einem vornehmen Manne zu vermählen, um durch sie ihren Namen und ihr großes Vermögen in der Welt noch wirken zu lassen.

Als Euphemie mir das erste Mal über diesen Gegenstand sprach, war sie fast ohne Verlegenheit; ihr Ton war so sicher und ruhig, als wenn sie von einer Fremden erzählte. Ich hatte die Empfindung, als wenn sie mir ein althernes, unmögliches Märchen vorträge, so rein, hoch und unerreichbar stand sie in meiner Phantasie. Ich hätte mich fast ebenso leicht überreden lassen, daß man mit einem Heirathprojekt für den Abendstern umginge. Aber in der Nacht auf meinem einsamen Lager gewann alles eine andere Gestalt. Ich sollte mich und die Welt wieder, und wie schmerzlich, lernen lernen. „Soll sie der Erde angehören?“ fragte ich mich selbst, „warum denn nicht am ersten unachtt mir? Mir, dem sie schon eigen ist, so wie meine Seele in der ihrigen wohnt?“

Die verhäulte Sehnsucht, die bis jetzt im süßesten Rauche geschlummert hatte, brach nun aus ihrer Knospe los und blühte und glänzte in einer Wunderblume, die tausend purpurne Blätter entfaltet. Ich empfand es zum ersten Mal recht innig, daß auch das, was ich bis dahin nur das Irdische genannt hatte, himmlischen Ursprungs sei. Ich schien mir berufen, in meiner reinen Liebe das hohe Bild der Ehe als ein echtes Sacrament zu erneuen, in einer so heiligen Vollendung, wie man es selten, vielleicht nie, auf Erden findet. Euphemie erschrak vor meinen Plänen, vor meiner feurigen Ueberredung, vor meinem Unternehmungsgelüste. Je mehr ihr Zaudern, ihre Kenglichkeit meine Leidenschaft erhöhte, um so mehr erschien ich ihr wie ein fremdes Wesen, das sie bis dahin noch gar nicht gekannt hatte. Sie sollte aus ihrer gelassenen Ruhe erwachen, so verlangte es meine Liebe, aber sie erschrak vor dem Gedanken, ihre Eltern nur irgend zu kränken, sich ihnen zu widersetzen war ihr unnatürliche Sünde, und alles, was ich ihr von Entführung, Gewalt und Tod vordelamirte, betäubte nur ihren zarten Sinn, wie man beim Toben des Wasserfalles keine Rede vernahmen kann. Meine gesteigerte Leidenschaft erwuchs fast zur Raserei. Sie liebe mich nicht, ich sei ihr verhasst, sie neige sich schon ihrem Bräutigam zu, den ich eifersüchtig verfolgte, den ich und mich zu ermorden drohte: alle diese wahnsinnigen Worte hörte sie in leibender und liebender Geduld. So war mir denn auch dieser Himmel zerbrochen, und schwarze Domanen grinsten mir an denselben Stellen entgegen, wo mein trunkenes Ohr sonst den Flügel Schlag der Engel vernahm, wo mir aus verklärtem Antlitz eheben ein süßes Lächeln entgegenblühte wie thauglänzende Rosen im Morgenroth. „Freilich wird meine Seele wieder jung, wenn ich dieser

gegen Flugblätter fordert, welche die „heilige Schrift“ verkümpfen. Eine Kirchengemeinschaft, deren Lebenskraft bereits so tief herabgekommen ist, daß sie nach Volkshilfe röhnt, um den Segnern den Garauß zu machen, kann nur Bedauern aber nicht mehr Besorgniß erregen. Solche Nebelmassen wird die siegreiche Sonne bald zerstreuen. —

**Einem spezifischen Juden-Prozess** möchte das Stöcker'sche „Volk“ aus dem hannoverschen Wucherer- und Spielprozess machen und zählt die Blätter auf, welche in ihren Berichten nicht speziell die Konfession der Angeklagten, die fast sämtlich, mit Ausnahme des Richters von Magerind und eines anderen Angeklagten, Juden sind. Der moralische Schlag trifft aber ganz wo anders hin, als wohin ihn das Stöcker'sche Blatt führen möchte. Die angeklagten Wucherer, Gauner und Falchspieler nehmen keinerlei Glanzstellung in der Gesellschaft ein; sie sind meistens schon durch frühere richterliche Urtheile gebrandmarkt, sie haben an Ehre und Ansehen nichts zu verlieren. Daß aber es solchen gesellschaftlich und bürgerlich auf tiefer Stufe stehenden Juden noch gelingt, in gesellschaftliche Beziehungen, wenn auch nur am Spieltisch, zu Personen zu treten, die oft die Berührung des achtbaren Bürgers von sich weisen, daß ist das Bezeichnende in diesem Prozess. Diese Offiziere, die am Spieltisch ererbtes oder erborgtes Geld vergeuden, und später, wenn sie nicht vorher zu Grunde gehen, den „notleidenden“ Grundbesitzer spielen, zeigen, daß die „Ehre“ nicht hindert, um welchen Preis immer seinen Lüsten zu fröhnen. Und auch darin wirft der Prozess auf die „Ehre“ ein eigenes Licht, wenn uns gezeigt wird, wie junge hoffnungsvolle Söhne, um einem „Kameraden“ seine Spielschuld zu zahlen, sich dem Juden auf Gnade und Ungnade überliefern muß. Daß eine solche Pest, wie sie der Prozess schildert, so weit um sich greifen konnte, zeigt einen wunden Fleck an den Gewohnheiten und Ehrbegriffen in Kreisen, die sich vorzugsweise zur Blüthe der Nation zählen möchten. —

**Zum Fall Gradnauer.** Am Schlusse einer längeren Ausführung schreibt die „Vossische Zeitung“:

Daß ihm (Gradnauer) aber kein rechtskundiger Verteidiger zur Seite stehen darf, ist eine Thatsache, die neuerlich die Aufmerksamkeit auf die Mangelhaftigkeit der norddeutschen Militärgerichtsbarkeit lenkt. Was einem Sozialdemokraten aus dem einen Grunde geschieht, kann einem Mitgliede anderer Parteien, lange nachdem es seine Dienstpflicht erfüllt hat, aus anderem Grunde widerfahren. Wie lange noch soll ein Verfahren bestehen, über das die juristische Welt wie die öffentliche Meinung seit mehr als einem Menschenalter den Stab gebrochen haben?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben:

Es scheint übrigens, als ob die betreffende Untersuchung größere Dimensionen annehme. Sicherem Vernehmen nach wurde ein am Freibergplatz in Dresden wohnender Handarbeiter, ein eifriger Sozialdemokrat, der kürzlich zu einer militärischen Uebung eingezogen war, durch Polizeibeamte in Zivil aus dem Bette geholt und verhaftet. Man konnte nur soviel erfahren, daß es sich gleichfalls um ein militärisches Vergehen handelt. Außer dieser sollen noch weitere Verhaftungen vorgekommen sein.

Die „Volks-Zeitung“, die „Freisinnige Zeitung“ und die „Germania“ verlangen Klarlegung über die Ursachen der Verhaftung und drücken ihre Verwunderung über dieselbe aus. —

**Merkwürdiges Verbrechen.** Das preussische Staatsministerium hatte durch den Justizminister gegen den Redakteur der „Dresdener Morgenzeitung“, Dölle, einen Strafantrag gestellt, weil dieser den Wahlsieg der Breslauer Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl als eine Frucht des „Regierungssystems“ bezeichnet hatte. (!) Die Strafkammer erkannte indeß auf Einstellung des Verfahrens, weil nur die Reichsregierung gemeint sei, die Reichsbehörden aber keinen Strafantrag gestellt hätten. — Was es doch im neuen Deutschen Reich für merkwürdige „Verbrechen“ giebt. —

**Gendarmen als Kolporteurs von Amtsblättern.**

Wozu im Reichslande mitunter Gendarmen gebraucht werden, geht aus folgender Darstellung des „Eisführer“ hervor: „Aus dem Kreise Wolsheim gehen uns mehrfache Berichte zu, daß dortselbst die Gendarmen in den Wirtschaften sich nach den Zeitungen erkundigen, die aufgelegt werden. Den Schluß der Inquisition bildet eine warme,

dringende Empfehlung, auf das Kreisblatt zu abonniren. Hat ihre Verehrlichkeit keinen günstigen Erfolg, so geben sie an, man möge der Kreisdirektion schriftlich die Motive mittheilen, weshalb das Kreisblatt nicht gehalten werde!“ Weiter läßt sich allerdings die amtliche Kolportage kaum treiben, bemerkt hierzu die „Frankfurter Zeitung“. Wir glauben nicht, daß auf diesem Wege die rasche Angliederung an Deutschland sich vollziehen wird, mögen die Kreisblätter auch noch so gut aus dem Pressbureau informiert werden. —

**Aus dem Elorado der Junker? Vor uns liegt folgendes Schriftstück:**

Dem Wirthschaftsmeister Grau, der zum 1. Oktober meinen Dienst verläßt, beabsichtige ich bis auf weiteres eine jährliche Pension von 40 M. — Bierzig Mark — zu geben, was ich demselben für die Erwerbung einer Wohnung bei dem Gutsbesitzer Herrn August Jahnke hiermit mittheile. Adamsdorf, 20. Juni 1890.

**Karbe.** Grau, der 1829 in dem Dorfe geboren, hat sein ganzes Leben lang mit einer kurzen Unterbrechung auf dem Gute in Adamsdorf gearbeitet, und da der Mann nun einige 60 Jahre alt geworden, folgte der Herr Gutsbesitzer einer edlen Eingebung seines Herzens und sagte zu Grau: „Sieh, lieber Freund, Du bist mir viele Jahre ein treuer und redlicher Arbeiter gewesen und da Du nun alt und schwach geworden, so sollst Du zum Lohn es in Deinen alten Tagen auch gut haben!“ und der Mann erhielt „Bierzig Mark“ jährliche Rente zur — Erwerbung einer Wohnung! Zum Leben war ja frische Luft genug vorhanden. Diese 40 M. wurden in halbjährlichen Raten à 20 M. gezahlt. Als am 1. Oktober d. J. der alte Mann abermals sein Geld haben wollte, da wurde ihm von Herrn Karbe folgender Bescheid: „Gehe nur zu Deinem Sohne und lasse Dir was geben, denn der bekommt ja genug von den Sozialdemokraten.“ Somit waren zwei Fliegen mit einem Schläge getroffen; man hatte dem politischen Gegner ein Ausgewischt und zugleich — sein Geld gepart.

Solche Vorkommnisse sind außerordentlich geeignet, die Arbeiter an ihren „gnädigen“ Herrn zu fesseln; so glaubt man sie den Lehren der Sozialdemokratie unzugänglich zu machen.

Herr Karbe und seine Freunde werden noch die merkwürdigsten Erfahrungen hierin sammeln. —

**Zur Situation in Oesterreich.** Zwischen dem Grafen Taaffe, dem Polenführer Janowski und dem Führer der Konservativen, Grafen Hohenwart, fand, wie aus Wien telegraphirt wird, gestern eine längere Konferenz statt. Man glaubt, daß Graf Taaffe den beiden Parteiführern die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht habe, um dieselben für die Regierung zu gewinnen. Jedenfalls dürfte sich die Situation morgen bei der ersten Sitzung des Ausschusses für die Ausnahmeverfügung wenigstens zum Theil klären. In Regierungskreisen ist man jetzt zuversichtlicher gestimmt und glaubt, daß es nicht zur Auflösung des Reichstages kommen werde. Man spricht von dem Rücktritt des Finanzministers Dr. Steinbach, auf dessen Entfernung die Polen bestehen sollen. —

**Die Wiener Arbeiter fasten in ihrer letzten großen Versammlung, wie wir noch nachgetragen haben, folgende Resolution über die Wahlrechts-Vorlage des Grafen Taaffe:**

Die heutige Versammlung steht in der Wahlrechts-Vorlage der Regierung das ihr endlich abgezwungene Bekenntniß, daß die heute bestehende Verfassung nicht nur eine schändliche Ungerechtigkeit gegen zwei Drittel des Volkes ist, sondern auch, daß es gegenüber der von der organisirten Arbeiterklasse geführten Bewegung unmöglich ist, fernerhin die politischen Privilegien der Bestehenden aufrecht zu erhalten.

Die Versammlung erklärt aber weiter, daß die Regierungsvorlage gänzlich ungenügend ist; sie protestirt entschieden gegen die Aufrechterhaltung der Privilegien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern und verurtheilt das Festhalten an den indirekten Wahlen in den Landgemeinden, sowie den sogenannten Bildungszensus.

Trotzdem betrachtet die Versammlung die Regierungsvorlage als den allerersten Beginn einer Reform, die mit Nothwendigkeit zur gründlichen Umgestaltung der Verfassung führen muß. Die Versammlung fordert schließlich die Abgeordneten aller Parteien auf, in erster Linie für den jungesellschaftlichen Antrag im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zu stimmen, wasart sie aber ernstlich davor, falls dieser Antrag

abgelehnt würde, dem Durchbringen der Regierungsvorlage aus bornirtem Klassenegoismus Hindernisse zu bereiten.

Die Versammlung erklärt schließlich, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei von nun an mit noch größerer Energie als bisher nicht nur für das allgemeine, sondern auch das gleiche und das direkte Wahlrecht eintreten und vor seinem zweckdienlichen Mittel zurücktreten wird, bis dieses Ziel erreicht ist.

**Der Bürgermeister-Sozialismus** ist jetzt in Englands Mode. Nachdem die mittelländischen Mayors bisher vergeblich versucht haben, im Kohlengräber-Streik zu vermitteln, hat der Bürgermeister von London die hauptstädtischen Parlamentsmitglieder zu einer Konferenz über Arbeiterverhältnisse aufgefordert. Diese Vereinigung erscheint nun den von den Unternehmern ins Leben gerufenen Streikbrecher-Organisationen das geeignetste Forum, um ihre Wünsche vorzubringen.

Die Free Labour Association, wie sich der Streikbrecher-Verein nennt, hat dem Bürgermeister von London ein Schriftstück zugesandt, das der fraglichen Konferenz unterbreitet werden soll. Es wird darin die Einsetzung von Schiedsgerichten verlangt, denen die Streitigkeiten der Unternehmer mit den Arbeitern unterbreitet werden sollen. Erfahrungsgemäß haben solche künstlich von dritter Seite ins Leben gerufenen Schiedsgerichte nie einen Erfolg gehabt. Die englischen Arbeiter werden sich jedenfalls dafür bedanken, eine Suppe auszujessen, die ihnen die Streikbrecher eingebracht haben. —

**Wozu die Ruffenfestlichkeiten in Frankreich gut sind.** Der Korrespondent der „Times“ in Toulon erzählt: „Ich war in einer Buchhandlung sam Quai du Port, als ein russischer Offizier eintrat und nach Büchern verlangte, deren Verkauf in Rußland verboten ist. Ich fand bald heraus, daß die Buchhändler der Stadt oder zum wenigsten ein Theil von ihnen sich wohl vorbereitet hatten, ein solches Verlangen zu befriedigen. Sie hatten nicht nur einen Vorrath der verbotenen französischen Werke angelegt, sondern sich auch von Genf und anderen revolutionären Zentren aus mit russischen politischen und sozialen Flugchriften versehen. Wie ich höre, gehen diese reichend ab. Während meines kurzen Aufenthalts in dem Laden wurde das Verlangen zweimal wiederholt. Die Werke sind meist Pamphlete von 20 bis 150 Seiten, die demokratische, sozialistische und nihilistische Prinzipien predigen.“

Das hätte sich Väterchen sicher auch nicht träumen lassen, daß seine getreuen Offiziere die ersehnte Gelegenheit eines Besuchs in Frankreich benutzen würden, sich mit verbotener Lektüre zu versehen. „Nicht Ross nicht Reifge“, nicht Schiffspanzer und Marineoffiziere sind gefeit gegen das neuzeitliche Aufklärungsgift. Es sikert überall durch, bis der Zar auf seiner „steilen Höh“ allein und unbewacht übrig bleibt. —

**Der Kongress der finnländischen Arbeiter.** Trotz des barbarischen Unterdrückungssystems, welches jede Fortschrittsbewegung im Zarenreiche schon im Keime zu vernichten bestrebt ist, machen sich doch hie und da Bestrebungen der Arbeiterklasse, sich vom kapitalistischen Joch zu befreien, bemerkbar. Und zwar ist es Finnland, wo gegenwärtig diese Freiheitsbestrebungen zum Ausdruck kommen. Vor kurzen wurde in Helsingfors ein Kongress der Delegirten sämtlicher finnländischer Arbeitervereine zum Zwecke der Ausarbeitung eines allgemeinen Programmes für die finnländischen Arbeiter abgehalten. Dasselbe soll dem im November in Helsingfors zusammentretenden Landtage vorgelegt werden. Den Vorsitz des Kongresses übernahm ein bekannter Fabrikant von Brigt, welcher die Versammlung mit einer Rede eröffnete, die dahin abzielte, die Arbeitervertreter von der Nothwendigkeit der gemeinsamen Arbeit für das „allgemeine Wohl“ zu überzeugen. Nach längerer Debatte wurde folgendes Programm von der Versammlung angenommen:

1. Die Abschaffung derjenigen Hindernisse, welche bei den Gemeindevahlen den Arbeitern häufig im Wege stehen.
2. Gleiches Wahlrecht für die Arbeiter bei den politischen Wahlen.
3. Festsetzung des zehnstündigen Normalarbeitstages durch Gesetz für alle in der Industrie und im Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Ausnahmen sollten nur in besonderen Fällen, z. B. in bestimmten Jahreszeiten bei den landwirtschaftlichen Ar-

zage gebente. Ach! man wird nicht alt, wenn man so wie ich in der Einsamkeit nur seinen Erinnerungen lebt. Noch schlimmer als mir ging es dem armen Jacoste. Er verzehrte sich, er war krank und wünschte sich den Tod. Unter gräßlichen Worten rief er ihn oft herbei. Sein Anblick hatte etwas Herzzerreißendes. Auch mein Freund Beauvais war blaß geworden, auch sein Jugendland zerrann in Nebel. Ach! es giebt nichts so Fürchterliches, als an dem Werth des geliebten Gegenstandes zweifeln zu müssen; das thut weher als verführte Liebe. Und in diesen Schmerzen verging jetzt der Arme. Auch mir war Lucie räthselhaft, wenn ich einmal meinen Blick auf sie richten konnte, und sie sowohl wie Euphemia waren gespannt und ängstlich, suchten und vermieden die Einsamkeit, wollten ihr übervolles Herz gegen einander oder gegen die Geliebten ausschütten und konnten doch die Stunde, konnten vielleicht den Muth dazu nicht in sich auffinden. Alle dieselben Menschen, die noch vor kurzem wie harmonische Töne befriedigend ineinander geklungen hatten, schrien jetzt in gellenden Dissonanzen gegen einander: die scheinbare Heiligkeit hatte sich in menschliche Thorheit umgewandelt und keiner verstand mehr den andern, so wenig, wie er sich selbst. Es war, als wenn der alte Beauvais von der ungeheuren Verwirrung etwas ahndete, denn er betrachtete uns oft alle mit finstern und forschenden Blicken.

Endlich lösete sich diese Verschlingung wieder. Der Bruder Euphemia's fing wieder an zu genesen, die vorigen Projekte traten wieder ein, und meine verwilderte Leidenschaft mußte nach und nach einer stillen Resignation Raum geben. Doch war es auch nur diese, denn ich wollte erst noch meine geglaubten Rechte geltend machen, bis ich sah, daß die zarte Euphemia in diesem Sturme untergehen müsse. Lucie erklärte sich endlich für Beauvais, und es fand sich, daß nur sein noch immer zu vertrauter Umgang mit Jacoste sie von ihm entfernt hatte. Ihr war die Furcht nahe getreten, daß er wohl selbst zu den freigeistlichen Bestimmungen des Nebenbuhlers hinneigen möge. So groß war ihre Liebe zu ihrer Kirche, daß sie den Entschluß gefaßt hatte, lieber den theuren Verlobten aufzuopfern, als in einer Nähe von Ueberzeugungen zu leben,

die ihr durchaus gottlos dünkten. Und es ist wahr, je mehr wir schwärmten und nur in einer einzigen Gestalt die Wahrheit und das Göttliche erkennen wollten, um so mehr benutzte Jacoste jede Veranlassung, seinen Unglauben auszusprechen. Ja, so elend er sich auch fühlte, so suchte er dennoch aus einer gewissen Eitelkeit jede Gelegenheit auf, seine Starkgeisterei witzig, spottend oder mit heftiger Leidenschaft darzulegen, und sein Unglück hatte ihm ein so bitteres Gefühl gegeben, daß er zuweilen wie ein begeisterter Prophet des Atheismus unter uns stand und in so sonderbaren Gleichnissen und Bildern, in so bewegter und erhabener Sprache redete, daß die frommen Mädchen sich mit innigem Grauen von ihm abwendeten.

Wir hatten uns alle recht ausgeweint, waren versöhnt und friedlichen stillen Herzens, als Jacoste in unsere Nahrung und fromme Unterhaltung trat. Beauvais eröffnete ihm, was er von Lucien erfahren, und wie er unsere Gesellschaft meiden müsse, um das Glück der Liebenden und der neuen Ehe nicht zu stören, vielleicht unmöglich zu machen. Dieser Schlag kam dem Armen unerwartet. Seine ganze bleiche, gramzerstörte Gestalt zitterte heftig wie in Krämpfen, er konnte lange keine Worte finden, und als sie endlich seinen bleichen Lippen entströmten, suchte er uns zu überreden, daß ein solches Verbannungsurtheil von ehemaligen Freunden mindestens zu hart sei, daß er für seine Leidenschaft sowie für seine Ueberzeugung nicht so schnell alles verwerfe, daß er aber beides belämpft habe und in unserer Gesellschaft noch kräftiger dagegen streiten werde. Aber Beauvais war an diesem Tage mit männlichem Muth und Entschluß gerüstet, sein bisheriges Verhalten zu Lucien hatte ihn zu unglücklich gemacht; er drang auf die unmittelbare Entfernung des Friedensstörsers; der Abbe Aubigny vereinigete sich mit ihm, die fromme Euphemia war eifrig und am entschiedensten Lucie selbst, und ich schloß mich diesem Chöre an, und wir alle sollte nicht fern in unserer Nähe wandeln, es sei unsere Pflicht, die Liebe, Christus selbst verlangten von uns, ihn zu verbannen, weil durch seine Nähe unsere Religion beschnürt, wenn nicht selbst gefährdet werde. Als Jacoste

uns in diesem frommen Eifer beharren sah, ließ er seine Bitten und Demuth fahren, und ein ungeheurer Born befeuerte sich des getränkten Menschen. Seine Augen flammten wieder, und er versuchte sich und uns alle mit den bittersten Verwünschungen: daß wir das Glück nie finden sollten, daß uns Elend nachjage, daß Beauvais aus dieser Ehe nur Jammer und Gram ernten und an seinen liebsten Kindern Unheil, Kummer und Verbrechen erleben möchte. —

Edmund seufzte schwer. — „So“, fuhr der Priester fort, „verließ uns der Arme und stürzte wie ein Rasender aus dem Hause. Es bedurfte nur weniger Zeit, um uns zu befinden und von einer heißen Beschämung durchglüht zu sein. In der frommsten Stimmung, im Gefühl der reinsten Liebe, wie wir es wähten, waren wir gegen einen Mitbruder, gegen einen Freund grausam gewesen, der Schonung und Mitleid verdiente, wenn er auch auf falschem Wege verirrt war. Beauvais befaß sich am frühesten und ärgerte über sich und uns alle am heftigsten; Inquisitoren schalt er uns, die denjenigen, der anderer Meinung ist als sie, mit kaltem Blute zum Scheiterhaufen verdammen. Es wurde schnell nach der Stadt in Jacoste's Wohnung gesendet, aber er war in der Wuth schon abgerückt, niemand wußte wohin. Dort hatte er im Hause alles zerklagen und einen jungen Aufwärter, der ihn hatte beruhigen wollen, mit seinen Riesenkräften so gemißhandelt, daß der Arme für todt den Wundärzten übergeben ward. Er hatte ihm den Kopf zerhanen, so daß man an seinem Aufkommen zweifelte, mit Tischen und Stühlen, die er auf den Schwachen warf, ihn beide Beine erschmettert. Waren wir erst schon beschämt gewesen, so hätten wir uns jetzt in den Klüften der Erde verbergen mögen, als wir erfuhrn, daß dieser junge Bursche, von der gemeinsten Erziehung und ohne alle Wissenschaft, sowie er nur zur Befinnung gekommen war, während des Verbannes unter Folterschmerzen für den Mann, der ihn so beschämigt, zu Gott gebetet hatte, daß er dem Armen verzeihen und helfen möge, der ja unaussprechlich, unendlich unglücklich sein müßte, weil er in seinem Schmerz an einem Unschuldigen dergleichen habe ausführen können. (F. 1.)

keiten gestattet werden, wobei jedoch die notwendigen Ruhepausen am Tage den Arbeitern gewährt werden müssen.

4. Die Einführung des allgemeinen Schulzwanges und des unentgeltlichen Unterrichts in den Volksschulen.

5. Erleichterung der Pachtverhältnisse und rechtmäßige Verteilung der Grundstücke, um die aderelose ländliche Bevölkerung mit Land zu versehen.

6. Den Arbeitervereinen die Beteiligung an der Betriebskontrolle, welche durch die industriellen Inspektoren ausgeübt wird, zu gestatten.

Ferner sprachen die finnländischen Arbeiter den Wunsch nach einer vollständigen und neuen amtlichen Statistik der finnländischen Arbeiterverhältnisse aus. Ferner wolle der Staat die Errichtung von Arbeiterkasernen (Z) durch alle möglichen Mittel, besonders durch Selbstanleihen unterstützen, die Arbeiterparlamente in ihrer Entwicklung befördern und überall, wo eine erhebliche Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, die Bildung von Arbeitervereinen ermöglichen, welche für die Hebung der Sittlichkeit und Bildung unter der Arbeiterklasse durch Ertheilung von Elementarunterricht, Abhaltung von populären Vorträgen u. s. w. sorgen. Auch verlangte man gleichen Lohn für die weiblichen und männlichen Arbeiter, Gründung von Fachvereinen, Einführung der Zwangsversicherung gegen Krankheit und Unfälle und Umwandlung des gegenwärtigen Steuersystems in eine Einkommensteuer.

Wenn es auch fraglich ist, ob diese Forderungen erfüllt werden, so läßt sich doch die Bedeutung solcher Kongresse in einem Lande, wo die Agitation unter den Arbeitern wegen des herrschenden Zarenismus fast unmöglich ist, nicht unterschätzen. Wir wünschen den finnländischen Arbeitern viel Glück im Kampfe, den sie begonnen haben, wenn sie auch noch nicht vollständig auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. —

## Der Streik der französischen Grubenarbeiter.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns am 20. Oktober: Der „Geflot“, ein humoristisch-satirischer Wochenblatt, brachte jüngst ein Bild, das hinsichtlich seiner Wochenblätter Charles Dupuy zeigt, der gerade daran ist, Lampen und Fahnen zum Empfang der russischen Offiziere herzurichten, während sich ein Bergarbeiter in bitterer Stellung steht, hinter welchem sich der Hunger mit eingefallenem Gesicht zeigt und darunter zur Erklärung: „Du bist kein Kofal? Dann pack' Dich fort!“ Dieses Wort kennzeichnet so recht die gegenwärtige Situation: auf der einen Seite nichts als Feste für die Abgesandten des Zaren, auf der andern schroffe Worte für die streikenden Grubenarbeiter. Und wenn es noch weiters bei den Worten Grube. Es ist aber viel schlimmer. Wenn auch nicht die Plinte schießt — was übrigens noch werden kann — so haut doch der Säbel, was in der Procourt, wobei man an anderen Streikorten der Fall war, wo zum Schutze der „Freiheit der Arbeit“ die Dragoner mit blanker Waffe auf die Streikenden ansetzten. Seitens der Regierung, ihrer Präfecten, Soldaten, Gendarmen, Polizeikommissare etc., die alle zusammen so handeln, als wären sie Angehörige der Grubenkompanien, wird überhaupt alles gethan, um die Streikenden zum Reuehusten zu treiben und so der Arbeitseinstellung ein jähes Ende zu bereiten. Und da wehlaget der „Temp“, der das „Es lebe die soziale Republik!“ der Streikenden gern in ein „Es lebe der Zar!“ umgewandelt sähe, inmitten der von der Bourgeoisie auf Kosten des Volkes arrangierten Feste in seiner heuchlerischen Weise: „Warum muß ein schwarzer Punkt schmerzhaft unsern Blick auf sich lenken? Der schwarze Punkt sind die Streiks im Norden Frankreichs. Dort giebt es Tausende von Leuten, die anstatt, gleich dem Kette der Franzosen, ganz Freude, Vergebung und Einklang zu sein, freiwillig das Stund zu ertragen und indem sie ihr Herz mit Haß erfüllen, mehr noch moralisch als materiell leiden.“ Selbstverständlich haben die Grubenarbeiter keine Ursache zur Unzufriedenheit. Wenn sie streiken, ist dies einfach die Schuld der „Agenten der bürgerlichen und sozialen Proletariat“, d. i. der Sozialisten. Die Bergarbeiter gehören ganz einfach einigen politischen Personen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, einen Zustand zu verschlimmern, der, wie man annehmen kann, ohne ihre Eumischung von selbst schon geordnet wäre.

Nun abgesehen davon, daß nur Jemand, der sich nicht in den Arbeitervierteln bewegt und nicht die sozialistischen Arbeiterblätter liest, davon sprechen kann, daß mit Ausnahme der streikenden Bergarbeiter alle Franzosen ganz Freude zu sind, so haben doch von der Vernehmung, von der im „Temp“ gleichzeitig die Rede ist, die Streikenden ein genaues Bewußtsein infolge der Kette, als sie gleich bei Beginn des einen der festest gebändigten Streiks sich für ein Schiedsgericht erklärt hatten. Wer sich aber ebenso einmüthig dagegen erklärt hatte, daß waren die Grubengesellschaften, die den Streik geradezu provoziert haben. Ohne den Streik wären sie nämlich infolge der Markt-Verhältnisse eingestandenemmaßen gezwungen gewesen, einen Theil ihrer Arbeiter zu entlassen bezw. ihre Produktion einzuschränken, was aber bei weitem nicht die gleiche Wirkung wie ein Streik: eine plötzliche und rasche Steigerung der Kohlenpreise, hervorgerufen hätte. Nur hatten sich die Grubengesellschaften infomeren etwas verrecknet, als sie der festen Meinung waren, daß der Streik höchstens vierzehn Tage währen könne, d. i. gerade die Zeit, die sie nötig hatten, um ihre Kohlenvorräthe zu erhöhen Preisen an den Mann zu bringen. Als dann diese Zeit abgelaufen war und sie bereits den aus Streikenden ihrer Arbeiter geschmiedeten Extraprofit in der Tasche hatten, ohne daß die Streikenden auch nur die Hälfte gemacht hätten, zur Grube zurückzukehren, da hätten sie den Streik wieder ebenso gern losgehast, wie sie ihn vor dem gerufen hatten. Gaben sie sich früher als Nütze, die Arbeiter zum Streik anzuspornen, so geben sie sich jetzt alle Mühe, dieselben durch allerlei Meldungen, die bloß den Wunsch zum Vater hatten, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. So ließ sie in den kapitalistischen Blättern sagen, daß wenn man die Arbeiter einzeln befrage, seien sie alle gegen den Streik, in Versammlungen hätten sie aber nicht den Muth, für ihre Meinung einzutreten und stimmten darum für den Streik. Dann kommen wieder Meldungen, daß dieser oder jener Grubendirektor eine Petition von seinen Arbeitern erhalten habe, in welcher diese um Wiederaufnahme der Arbeit bitten; daß die Kaufleute, Bäcker etc. da oder dort beschloffen hätten, den Streikenden jeden weiteren Kredit zu verweigern und dergleichen mehr. Thatsache hingegen ist es, daß die Gruben-Gesellschaften die Streikenden gerne ausungewöhnlich lassen möchten. So hat beispielsweise die Grubengesellschaft von Courrières allen Arbeitern und Bäckern, die in den ihr gehörigen Häusern wohnen, bei Strafe der Ausweisung verboten, an Streikende Waaren abzugeben.

Selbst die Nähe der Streikenden wird gegen sie ausgenutzt. So ließ der „Temp“ aus Paris schreiben: „Je länger man in den Kohlenbeden lebt, sich bewegt und plaudert, desto mehr wird man sich klar, daß dieser Streik keine Berechtigung hat. Die Ueberparanthe und der Gerechtigkeit sind sichere Parameter für die Gerechtigkeit einer Sache, und sie stehen beide sehr tief.“ Ja, was gäben die Kohlenkompanien nicht dafür, wenn sich die Streikenden zu Ergüssen hinsetzen ließen. An Provokationen aller

Art fehlt es nicht. Man ist sogar so weit gegangen, die Straßen, die zu den Arbeiterhäusern führen, abzusperren und Schilddiener aufzustellen, die bloß solchen Personen Einlass gewähren, die eine spezielle Erlaubnis vom Kommandanten haben. Militär und Gendarmen hängen dort gerade so, als wäre das Streikgebiet in Belagerungszustand versetzt. Wenn es trotzdem noch zu keinen ernstlichen Ausschreitungen kam, so ist dies einfach den sozialistischen Abgeordneten zu verdanken, die, während die Bourgeois-Abgeordneten sich zu den zu Ehren der Zarenvertreter arrangirten Festen drängen, den Streikenden wacker zur Seite stehen und in jeder Weise ihre Rechte zu wahren suchen. Das ärgert aber auch die Grubengesellschaften und ihre gesamten Pressesalaten dergestalt, daß sie nicht genug Gift und Galle gegen sie speien können und ihnen die ganze Schuld an den Streik zuschieben. Es ist wohl nicht nötig, hier erst ausdrücklich zu erklären, daß die sozialistischen Abgeordneten weit entfernt waren, den Streik in irgend einer Weise anzuregen. Aber dar er nun einmal ausgebrochen war und die ganze Regierungsgewalt sich auf Seite der Grubengesellschaften gestellt hatte, deren Büttel sie macht, konnten die sozialistischen Abgeordneten nichts weniger thun, als sich den Streikenden zur Verfügung zu stellen und sie wenigstens, soweit es möglich, gegen jede allzu offene und gewaltthätige zu schützen. Ob ihnen dies bis zur Beendigung des Streiks gelingen wird, ist nach dem bisher von der Regierung betriebenen Verfahren zu urtheilen, allerdings noch fraglich. Die etwaigen Folgen würde sich aber in diesem Falle die Regierung selber zuschreiben haben. Würde sie mehr als der Hausrecht des Kapitalismus sein, dann wäre der Streik binnen 48 Stunden friedlich beendet. Unterm 27. Dezember 1892 wurde nämlich ein Gesetz erlassen, das für alle Lohnstreikigkeiten ein Schiedsgericht vorschreibt. Die Grubengesellschaften allein wollten und wollten davon nichts wissen. Die Regierung brauchte aber nur anzudeuten, daß sie, falls die Grubendirektionen auf ihrer Weigerung verharren, den Antrag ertheilen werde, von allen Streikorten die Truppen zurückzuziehen, und ehe 24 Stunden vergingen, wäre das Schiedsgericht zusammengesetzt. Aber Hausrechte haben eben nichts anzudeuten, nichts zu befehlen, sondern nur zu gehorchen, und so ist denn auch zur Stunde noch nicht abzusehen, wie der Streik endigen wird.

## Parteinachrichten.

Dänemark hat die Sozialdemokratie nunmehr auch in Zinem Markt erreicht. Wenigstens läßt sich die „Kreuz-Zeitung“ diese Freudebotschaft aus Kopenhagen melden. Da sie aber gleichzeitig registriren muß, daß das dänische Parteiorgan „Sozialdemokraten“ einen Abonnentenstand von 25 000 erreicht hat, und daß auch sonst in Dänemark rührig agitiert wird, so wird es mit der Erreichung des „Höhepunktes“ wohl ähnlich ausschauen wie daheim im Lande jungerlicher Schnauzenwächsigkeit.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Wegen das letzte, Genossen Dr. Diederich in Dortmund wegen Beleidigung der schlesischen Geistlichen zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilende Erkenntnis ist jetzt nach Zurücklegung des schriftlichen Urtheils die Revision eingeleitet worden. Wegen der Ueberhebung der Broschüre „Die Bibel“ ist gegen die Genossen Diederich, Harders (Wände) und Stouke (Bielefeld) Anklage erhoben und Termin vor der Bielefelder Strafkammer am 23. November angesetzt worden.

— In eingeleitet wurde die Düsseldorf Frauen-Agitationskommission von der Anklage wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Die Anklage stützte sich darauf, daß der „Verein“ sich mit politischen Angelegenheiten befaßt habe, da die Kommission in einer Versammlung gewählt sei, welche sich mit der Erbringung politischer Rechte für die Frauen beschäftigte und eine diesbezügliche Resolution auch annahm, und die gewählten Mitglieder „mithin“ mit diesbezüglicher Thätigkeit beauftragt habe. Danach dürften in den Verein keine Frauen aufgenommen werden. Dieser monotonen Begründung, die bei dem Schöffengericht, wie noch erinnerlich sein dürfte, verfangen hatte, wurde von der Strafkammer denn doch nicht beigegeben und so erfolgte, wie gesagt, Freisprechung.

## Gerichts-Beitrag.

**Gewerbegericht.** Sitzung vom 21. Oktober. Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Die Oesterreicher Herzog und Tornow hatten einen Tag bei dem Wassermeister Herjann gearbeitet und waren am anderen Morgen auf Veranlassung des Werkmeisters entlassen worden. Sie wurden nun gegen Oppermann klagbar. Sie verlangten den Tag bezahlt, an welchem sie vergeblich zur Arbeitsstätte kamen, außerdem beanspruchten sie je Tag 37 und 85 Pf. für jede für O. gearbeitete Stunde 45 Pf. Das Gericht billigte dem einen Kläger 40 Pf., als den üblichen Stundenlohn für Anstreicher und beiden Klägern je 4 M. für den Entlassungstag zu. Es sei mehrfach prinzipiell vom Gewerbegericht entschieden worden, so begründete der Vorsitzende das Urtheil, daß der Ausschlag jeder Kündigungsfrist nicht aufzuheben sei, als ob die event. Entlassung eines Arbeiters zu jeder Minute ohne jede Verpflichtung des Arbeitgeberes erfolgen könne. Wenn die Entlassung vor Ablauf der thätigen Arbeitszeit erfolge, sei der ganze Arbeitstag zu bezahlen. Die Kläger wären aber in dem Glauben am betreffenden Tage zur Arbeitsstätte gekommen, arbeiten zu können, ihre Entlassung sei erst in der ersten Stunde des neuen Arbeitstages erfolgt, darum müsse dieser ihnen bezahlt werden. Der Kläger Tornow hätte zugestandenemmaßen nicht gegen die Bezahlung jeder gearbeiteten Stunde mit 35 Pfennig protestirt, wie Herzog, und hätte deshalb mit seiner diesbezüglichen Mehrforderung abgewiesen werden müssen.

**Kammer IV.** Vorsitzender: Assessor Welch. Die Klage: „Sehen Sie sich nach anderer Arbeit um.“ sei einer Entlassung gleich zu erachten, entschied die Kammer IV. in der Klage des Deschlers, jetzigen Soldaten Jonaas gegen Herrn Köster und verurtheilte letzteren wegen unrechtmäßiger Entlassung zur Zahlung von 48 M.

Während der Dauer der Beschlagnahme mit Kenntniß derselben eine Druckschrift verbreitet zu haben, wurde heute in einer vor dem hiesigen Landgerichte verhandelten Klage dem Kolporteur Feist vorgeurtheilt. Es handelt sich um die in der Serie „Geistliche Dämonen“ erschienene Broschüre „Katharina II.“ Auf dem Sommerfeste, welches der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Kreis am 10. Juni in der „Neuen Welt“ beging, kaufte ein Kriminalbeamter dem Angeklagten eine Druckschrift mit gelbem Papierumschlag ab, um, wie er heute behauptet, zu sehen, was das für eine Schrift war. Es zeigte sich, daß es die „Katharina II.“ war, bezüglich welcher dem Angeklagten bereits am 30. Juni mitgeteilt worden war, daß dieselbe gerichtlich beschlagnahmt sei; die Polizei hatte damals ein Exemplar der Broschüre bei Feist vorgefunden und mitgenommen. Zu seiner Vertheidigung führte der Angeklagte aus, daß am 30. Juni bei ihm beschlagnahmte Exemplar habe schwarzen Umschlag mit weißem Aufdruck gehabt. Er habe daher angenommen, daß das Schriftstück dem gelben Umschlag ohne Aufdruck, das er schon früher gehabt habe als das beschlagnahmte, eine andere Broschüre sei, deren Verkauf also freigehe. Gelesen habe er sie nicht, und daß der Titel derselbe wie bei jener war, konnte ihn nicht betreffen, da öfters Broschüren mit gleichem Titel aber ver-

schiedenem Inhalt vorkämen. Auf Befragen erklärte der Kriminalbeamte, daß der Angeklagte ein ganz gewiegter Kolporteur sei; man sehe ihn in allen Versammlungen. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 30 M. event. 6 Tage Gefängnis und führte zur Begründung aus: „Der Angeklagte wußte, daß die Broschüre, welche ihm am 10. Juli abgekauft wurde, beschlagnahmt war. Seinem Einwand, daß er ihren Inhalt nicht gekannt habe, ist nicht geglaubt worden; denn der Kolporteur sieht sich die Titel ganz genau an und er weiß ganz genau, welchen Titel sie führen.“

**Aus Trier** wird uns berichtet: Am 16. Juni kam Genosse Görge in die Wirthschaft des M. Becker, besetzte sich ein Glas Bier und griff dann nach der dort liegenden „Landeszeitung“ mit den Worten: „Dann will ich mal sehen, wie die Wahl hier ausgefallen ist.“ Der Wirth M., ein fromm schwarzer, aber den Genossen Görge als Sozialdemokrat kannte, gerieth hierüber so in Wuth, daß er auf G. sprang, ihm die Zeitung entriß und sich in allerlei Schimpfworten erging, als wie „die Sozialdemokraten sind Lumpen u. s. w.“ Am 22. Oktober hatte sich der Wirth Becker wegen Beleidigung des Görge vor dem Schöffengericht zu verantworten. Obgleich Becker sich einen Anwalt hielt, konnte das Gericht nicht umhin, ihn mit 10 M. und Publikation an der Gerichtstafel zu bestrafen, weil der Wirth Becker nicht beweisen konnte, daß Genosse G. über überhaupt die Sozialdemokraten Lumpen u. s. w. seien. Andererseits ist noch, daß der Vertheidiger des Becker alles vorzubringen suchte, nämlich daß G. Flugchriften während der Wahl verbreitet hätte, aber auch es half nichts.

## Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 24. d. M. die Diskussion über einen J. Z. von dem Genossen Wagner gehaltenen Vortrag betreffend die direkte Befragung durch das Volk, fort. Vor Eintritt in die Verhandlungen ehrte die Versammlung das Andenken an das verstorbene Vereinsmitglied J. S. r o w durch einmüthiges Erheben von den Plätzen. Genosse Wagner, welcher sein Erscheinen zugesagt hatte, mußte an demselben Abende in einer Kommunalwähler-Versammlung sprechen und konnte demzufolge seiner Aufgabe erst später gerecht werden. Derselbe hatte sich in seinem Vortrage für das Repräsentativ-System (Parlament) und gegen die direkte Befragung durch das Volk ausgesprochen, so lange die Sozialdemokratie nicht die ausschlaggebende Partei sei. Zur Verlesung gelangte ein dasselbe Thema behandelnder Artikel von Kautsky in der „Neuen Zeit“, auf welchen sich die weitere Diskussion aufbaute. Die meisten Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Im Weiteren schloß sich die Versammlung einem Antrag Dornbusch's an, welcher den Parteigenossen empfahl, des Dienstags nur Versammlungen von Wahlvereinen einzuberufen, um Kollisionen zu vermeiden. Auch erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Vorstand den Genossen v. Wächter zu einem Diskussionsabende einlade. Beschlossen wurde noch, während der Kommunalwählerbewegung die Wahlvereinsversammlungen nur nach Bedürfnis abzuhalten. Zum Schluß fand noch eine kleine Rednerdebatte statt, indem einer der referirenden Redner sich für den Beitritt des Vereins zur Arbeiterpartei erklärte, der nicht in der Lage sei, für drei Monate Vereinsbeiträge voranzubehalten, während dieser Zeit aber höchstens einmal Arbeit nachweise und jeden als der Mitgliedschaft für verlustig erkläre, der nicht in der Lage sei, für drei Monate Vereinsbeiträge, d. i. 2,40 M., im Voraus zu entrichten.

„Gewerkschaften oder nicht?“ war das interessante Thema, über welches der Genosse Adler den Rednern und die Helfer am 24. Oktober unter lebhaftem Beifall einen Vortrag hielt, der die unbedingte Nothwendigkeit der Organisation ganz besonders betonte. Die ausgedehnte Debatte, an welcher sich die Kollegen Winter, Karpenkel, Hamn, Jutzke, Hanke, Sigalitz und noch einige Redner theilnahmen, drehte sich hauptsächlich um die Form der Organisation. Hierzu erklärte der Referent in seinem Schlusssatz, daß es auf die Form weniger ankomme, Bedingung sei, daß ein Jeder organisiert sei. Besonders legte Redner den Gewerkschaften die Eroberung der Krankenkassen ans Herz. Denselben ließe das Recht einer Behörde zu, sie können auch politische Handlungen, wie in aller nächster Zeit die Krankenkasse der Handelsgewerbetreibenden in einer Versammlung darthun werde.

Die Wahl des Vertrauensmannes und die Abrechnung des abtretenden mußte zurückgestellt werden, da derselbe betätigt ist. In kurzen Zügen erstattete sodann der Gewerbegerichts-Beisitzer Bericht über seine 1/2-jährige Thätigkeit in Kammer 3.

Derselben gehören 43 Beisitzer an. Hervorzuheben sei, daß die organisirten Arbeiter fast ausnahmslos nicht zu Einigungen geneigt seien, sondern strikte auf ihren gerechten Forderungen beharren, in dem Bewußtsein, durchaus nicht nötig zu haben dem Kapital etwas zu schenken. Die unorganisirten Arbeiter hingegen seien sehr leicht zu Einigungen zu bewegen. Genosse Adler bewies dies durch ein Beispiel.

**Die Stellmacher,** welche bei Innungsmeistern beschäftigt sind, waren vom Innungsvorstand zu einer Versammlung eingeladen einen Ausschuss zu wählen. Die Versammlung fand am 23. Oktober in den Armhallen statt, hatte aber nicht den von den Innungshelden gewünschten Erfolg. Trotzdem Obermeister C. I. b e in den schönsten Farben die vermeintlichen Vortheile ausmalte, welche die Gesellen bei einer Vertretung in der Innung genießen würden, waren diese unanblich genug, die guten Rathschläge zu verschmähen. Hauptächlich betonte Herr C. I. b e, wie schön es doch wäre, wenn die Innung ihr eigenes Schiedsgericht und eine eigene Krankenkasse besäße. — Letztere ist übrigens beschlossene Sache und wird am 1. Januar 1894 bereits in Kraft treten; hierbei sollte der Innungs-Gesellenausschuss die Funktionen eines Vorstandes übernehmen. — Die Gesellen wollten aber, da sie bereits früher über Erfahrungen gemacht haben, sich durchaus nicht von der Arbeiterfreundlichkeit der Herren Innungsmeister überzeugen lassen. Die Kollegen B. r ü h und S. c h w a r z erklärten im Einverständnis mit ihren Berufsgenossen, daß sie durch die Rede des Obermeisters keineswegs von der Nothwendigkeit der Errichtung einer Krankenkasse der Innung überzeugt worden seien. Die Innungsmeister scheinen dies nur darum zu thun, um die in der Debatte verlorene Macht auf einer anderen Stelle wieder aufzurichten. Mit dem Schiedsgericht verhält es sich ebenso. Das Gewerbegericht funktioniert zu aller Zufriedenheit, die gewählten Beisitzer genießen das volle Vertrauen ihrer Kollegen, so daß gar kein Anlaß vorliegt, eine Einrichtung zu treffen, die von vornherein geeignet ist, das Mißtrauen der Arbeiter hervorzurufen? — Das anwesenden Gesellen lebten hierauf einstimmig die Wahl des Ausschusses ab.

**Advent.** Am Dienstag, den 24. d. M., tagte eine sehr gut besuchte Versammlung im „Kaiserhof“, in welcher Genosse Hoffmann seinen Vortrag über die zehn Ueberdachten wurde. In der Diskussion meldeten sich leider keine Gegner zum Wort. In weiteren Belangen der Versammlung wurde auf den Werth der Presse hingewiesen. In seinem Schlusssatz forderte Genosse Hoffmann namentlich die Frauen und die Jugend auf, mehr als bisher und kräftiger für unsere Partei einzutreten. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, ein Telegramm an den Admet Parteitag zu senden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 26. Oktober. Opernhaus. Der Freischütz. Schauspielhaus. Sappho. Deutsches Theater. Man sagt. Berliner Theater. Der Kaufmann von Venedig. Festung-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Freund Felix. Wallner-Theater. Der Ausgestoßene. Residenz-Theater. System Ribadier. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Berliner Volkslied. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Viktoria-Theater. Geschlossen. Alexandersplatz-Theater. Kean, oder Leidenschaft und Genie. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Plinten. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Doppelvorstellung zu eins. Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brubens. Koupel v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Saml. Vorher: Die guten Plinten oder: Hirsch in der Sauhande. Posse in 1 Akt von H. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Saml. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellungs-Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Trompeter von Säckingen. Romantisches Zaubermärchen.

### Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Vorher: Sonntag-Aufführung. Berliner Volkslied. Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akte: Bajazi-Parodie, vorgetragen von Josephine Dora und Herrn Carl Meissner. Anfang: 7 1/2 Uhr. Morgen: Berliner Volkslied.

### American-Theater.

Neu! Zwerchschloßschüttler! Neu! Die Gründung Roms in der Mörderstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Uk! Humor! Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

### Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexandersplatz. Täglich: Gross. Concert. Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges. Dinns Truppe, Elite-Mitrobaten (6 Personen). Familie Krausel, russisches Orchester (6 Personen). Fräulein Hedwig Marga, Kostüm-Soubrette. Paul Krugeler, Gesang-Humorist. Fratelli Bozza, italien. musikalische Steinscher und Köche. Signorita Luisada Siro, italienische Kostüm-Soubrette. Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

Wallner-Theater. Vor-Anzeige! Gastspiel des Continental-Eden-Theaters (Direktion: P. W. B. Schenk). Eröffnung der Saison Mittwoch, 1. Novbr. cr. Zur Aufführung gelangen: Scerien, Pantomimen, lebende Bilder, Engl. Kolibri-Theater, Zauber-Produktionen, Geister-Erscheinungen in effektvollster Ausstattung.

### Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachsfiguren und Gruppen. Musikanten. Irrgarten. Schreckenkammer.

Passage-Panopticum. Soeben aus Chicago eingetroffen: Der blane Mann. Die Affendame. 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

### Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 63a, Ecke Mohrenstraße. darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch Gebirge von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

### Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) Schönste und billigste Abendunterhaltung der Residenz! Spezialitäten I. Ranges! Neu! Novität! Neu! Rneipp II, oder: Das Blumengetreide von Nieder-Schönhausen. Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

### „Sanssouci“

Kottbuserstr. 42. Jeden Donnerstag und Sonntag: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluss: Adele, die kalte Mamsell. Ensemble von Wenzel. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Freitag, den 27. Oktober: Soiree in der Victoria-Brauerei.

### Etablissement Bughagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc. Vereinszimmer m. Piano Friedenstraße 74. 27776

Ein donnerndes Hoch zu seinem Wiegensfeste unseren Statbruder 2768b Ernst Häbel. Adolf und Giseler Wilhelm.

Orts-Kranken-Kasse der Nadler und Siebmacher. Generalversammlung am Sonnabend, den 4. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschlager, Blumenstr. 78. Tages-Ordnung: 1. Berlesung der Protokolle. 2. Neuwahl von drei Vorstandsmittgliedern (ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer). 3. Wahl des Rechnungs-Ausschusses. 4. Beschlußnahme über Vorschriften betreffend die Krankmeldung etc. (§ 24 des Statuts) sowie Vorschriften über das Mahnverfahren (§ 55 Abs. 3 des Gesetzes). 5. Verschiedenes. 2769b Die Herren Arbeitgeber, sowie Kassenmitglieder sind hier zu eingeladen. Der Vorstand.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der freiprüger Sänger vom Krystall-Palast. Anf. Bochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

### Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72. Empfehle meine 4 hooologanten Festsäle (50-400 Pers.) den 2c. Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 2534b Habe noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. H. Ebert. Vereinszimmer 30-40 Personen mit Piano zu vergeben. 2774b Heidfeld, Elisabethstraße 11. Heute Abend großes Gänse-Ausschieben bei Gust. Schultz, Wasserhorstraße 55. 2757b

### Weißbierbrauerei Albert Bier,

begründet 1792, Berlin C., Stralauerstrasse 3-6, Fernsprecher: Amt V, 1056, empfiehlt feinstes Tafel-Weißbier, Brauerei-Abzug. 30 halbe oder 15 ganze Literflaschen für 3 Mark. Eigene Ausfuhrlokale: 1) Stralauerstr. 3-6, Delonom W. Witte, 50332\* 2) Friedrichstr. 88, Ecke Rosmarinstr., Delonom P. Kowalk. 3) Weinmeisterstr. 18, Restaurant Pickenbach, Del. J. Brockmann. Billigste Berliner Reparatur-Werkstatt für Uhren und optische Waaren von H. Schneider aus Rathenow, Uhrmacher und Optiker, Berlin N., Prannestraße Nr. 40. Feiner Uhrschlüssel 5 Pf., sonst 10 Pf. Feiner Stahlzeiger 10 Pf., sonst 20 Pf. Feines Patentglas 10 Pf., sonst 30 Pf. Neue Feder u. Reinigen einer Cylinderruhr unter voller Garantie nur 1,50 M., sonst 3 M. Großes Lager echt Rathenower Brillen und Binnezeig etc. Einschleifen von Brillen-Gläsern in 10 bis 15 Minuten. 1. Qual. echt Rathenower Paar 70 Pf., sonst 1 M. 50331\* Feine Stahlbrille, 1. Qual. Gläser 1 M., feine Stahlbrille, 2. Qual. Gläser 50 Pf.

### Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2. Vom „Sozialpolitischen Zentralblatt“ werden gesucht: die Nr. 21 vom ersten Jahrgang und Nr. 5 vom zweiten Jahrgang. Offerten bitte Gewerkschafts-Bureau, Noienstraße 28 v. 1 Et. 274/12

Öeffentliche Wähler-Versammlung für den 9. Kommunal-Wahlbezirk (umfassend die Stadtbezirke 55-62) am Freitag, den 27. Oktober 1893, Abends 8 1/2 Uhr. Das Lokal wird morgen bekannt gemacht. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Jadek. 2. Aufstellung des Kandidaten. 3. Wahl eines Wahlkomitees. Die Vertrauensperson.

### Achtung! Bauhandwerker. Achtung!

Am Sonntag, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Öeffentliche Versammlung für Maurer, Zimmerer, Töpfer, Maler, Stuckateure u. s. w. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Sparfeldt über: „Alters- und Invalidenversicherung“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Prellkommission. 4. Verschiedenes. Sämtliche Bauarbeiter sind zu dieser Versammlung eingeladen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Bauhandwerkers, zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Maurer Berlins. 243/19 W. Veckert, Turmstraße 28.

### Achtung! Stellmacher. Achtung!

Am Freitag, den 27. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstr. 33: Versammlung des Fachvereins der Stellmacher Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Wahl eines neuen Vorstandes. 2. Abänderung der Statuten. 3. Verschiedenes. - Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen. 285/11 Der Vorstand.

### Allgem. Verein der Töpfer und Bernsgenossen Deutschlands.

(Mitgliedschaft Berlin.) Am Freitag, den 27. Oktober 1893, Abends 6 Uhr, in Philipp's Saal, Rosenthalerstraße 38: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Lage des Fensterkreiß. 2. Vereinsangelegenheiten. 149/3 Der Vorstand.

### Achtung! Ethische Gesellschaft. Achtung!

Am Sonnabend, den 28. Oktober cr., Abends 8 Uhr, 4. Stiftungs-Fest in der Berliner Bourse, Kommandantenstraße 57, verbunden mit Theater und Ball. - Die Festrede hält Herr Peus, Billeid, Herren à 50 Pf. (inkl. Tanz), Damen 25 Pf. sind zu haben bei Donath, Saarbrückerstr. 11; Bortz, Oberbergerstr. 51-52, Seitenstr. 4 Et. Radatz, Elbasserstr. 11; Reschke, Alte Jakobstr. 1, vorn 3 Tr., und Donner, Nauynstr. 11a. - Um regen Besuch bittet. 149/3 Der Vorstand.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Gruthstraße 2.

Soeben erschien: Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlrecht in Oesterreich. Von Dr. Victor Adler. 68 Seiten. - Preis 40 Pfennige. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. In Oesterreich verboten!

Die Damenmäntel-Fabrik von Leopold Cohnreich Berlin C., Königsstr. 30, Ecke der Neuen Friedrichstr. schrägüber vom Bahnhof Alexanderplatz, parterre und I. Etage, empfehlen ihre Herbst- und Winter-Neuheiten zu außerordentlich billigen, aber streng festen Preisen. Herbst-Mäntel m. Kragen u. Abknöpfen u. Preise von 10-36 M. Winter-Jaquets mit Kragen, nur Neuheiten aus den besten reellen Stoffen in Farben blau, mode, russisch-grün oder schwarz 10-30 M. aus den besten echt engl. Seiden-Seals, nur neueste Façons, durchweg mit Seide gesteppt 25, 30-75 M. Winter-Frauen-Mäntel mit Kragen zum Abknöpfen, aus dem allerbesten glatten Eskimo, Double, Soleil oder Guxstoff, nur neueste Façons, 20, 25-40 M. Winter-Capes, hochleg. Saison-Neuheiten in Wolle, Plüsch und Seide, durchweg mit Seide wattirt à 15, 20, 25-80 M. Wattirte Winter-Räder und Abend-Mäntel in allen Farben 10, 12, 15-20 M. die neuesten Façons, wegen vorgerückter Herbst- und Winter-Saison 25 Prozent billiger! Für ausgezeichneten Sitz und reelle Stoffe meiner Waaren übernehme ich volle Garantie. 5011L\* Filialen: Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz. Landsbergerstraße 66, Ecke Kurzestraße. Neue Schönhauserstr. 1, Ecke Weinmeisterstraße. Sonntags sind meine Geschäftstote von 7-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.  
Köln, 26. Oktober.

### Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Zell-Weipzig. Er eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr mit der Verlesung einer Reihe von Begrüßungs-Telegrammen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Es wäre verlockend, hier in Köln, im Mittelpunkt der heuchlerischen Tätigkeit des Zentrums und des nationalliberalen Ausbeuterthums einen längeren Vortrag über die Arbeit unserer Fraktion zu halten. Trotzdem will ich in Rücksicht auf die kostbare Zeit des Kongresses und da der Bericht gedruckt vorliegt, den ich im Auftrag der Fraktion schriftlich erstattet habe, mich kurz fassen. Wesentliches habe ich dem vorliegenden Bericht nicht hinzuzufügen. Nur eine Berichtigung ist notwendig geworden. Im Bericht heißt es, daß die Angelegenheit freichter noch schwebt. Jetzt hat sie ihren Abschluss gefunden. Der Polizeipräsident Richter ist von seiner vorgelegten Behörde abgesetzt und die Privatklagen sind zurückgezogen worden. Die Herren in Straßburg haben sich friedlich wieder die Hand gereicht, wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß es der Souveräne nicht angenehm sein kann, das Auftreten des Polizeipräsidenten vor Gericht erbittert zu sehen, weil die Möglichkeit eines so brutalen Auftretens gegen die Gesellschaft spricht, die sich eine solche Behandlung gefallen lassen muß. (Sehr richtig.) Was die Gesamthaltung der Fraktion betrifft, so ist in ihr die prinzipielle Auffassung der Partei über den Parlamentarismus nicht zum Ausdruck gelangt. Für uns ist der Parlamentarismus nicht Selbstzweck, sondern ein allerdings wichtiges und bedeutendes Mittel zum Zweck. Von diesem Gesichtspunkt sind alle Fragen von uns angeseht und behandelt worden, die das Parlament beschäftigen. Am deutlichsten trat dies bei der Militärvorlage hervor. Wir bekämpften nicht bloß die Heeresvermehrung, sondern wir richteten unsere Angriffe darüber hinaus gegen das ganze System. Wir haben nachgewiesen, wie kulturfremdlich und verderblich der Militarismus an sich ist und daß mit dem Militarismus auch seine Basis, die bürgerliche Gesellschaft zu befechtigen ist. (Beifall.) Nun zu den Anträgen, die zu diesen Punkten der Tagesordnung gestellt worden sind. Hier kann ich freilich nur meine persönliche Anschauung ausdrücken, doch hoffe ich in der Hauptsache auf Zustimmung des Parteitag. Der Antrag 90 der Parteigenossen im 4. Berliner Wahlkreis und Genosse M. Harm in Altona: „Die Reichstags-Fraktion solle im Reichstag die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen“, wird wohl die Billigung der Mehrheit finden. Der Antrag 91 lautet: Parteigenosse Harm in Altona: „Die Reichstags-Fraktion solle darauf hinwirken, daß 1. eine vom Staate organisierte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werde. 2. Wollte der Parteitag der Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Boden-erzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen seine Zustimmung geben. 3. Wollte der Parteitag auf Organisierung des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.“

Dieser Antrag betrifft so verschiedene Materien und ist von so weittragender Bedeutung, daß ich mich nur wundern kann, wie ein Genosse anzunehmen vermag, daß ein solcher Antrag vom Parteitag aus dem Handgelenk gewissermaßen angenommen wird. Jede Begründung, jedes Material fehlt dem Antrag, seine Folgen sind nicht zu übersehen. Die Parteigenossen in Halle beantragen: (92) „Die Reichstags-Fraktion soll seitens des Parteitag beauftragt werden, im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Impfungzwanges zu stellen. Die Fraktion ist weiter zu beauftragen, in Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstage einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung des stündigen Arbeitstages.“ Ich möchte denn doch davor warnen, die Dinge, die ihrer Natur nach nichts mit der politischen Stellung der Partei zu thun haben, so zu behandeln, als wenn davon die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie abhängig gemacht werden müßte. Der wührende Feind der Partei kann Impfungsgegner, der treueste Genosse Anhänger der Impfung sein. Die Frage muß nach ganz anderen Gesichtspunkten entschieden werden, als nach der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. Ich persönlich halte einen Impfungszwang nicht für angemessen, aber diese Frage kann nicht vor Volksversammlungen oder auf unserem Kongresse entschieden werden. Nur das genaueste Studium des Materials ermöglicht ein Urteil. Falsch ist es auf jeden Fall, die Verlesung des heranwachsenden Geschlechts, die hohe Säuglingssterblichkeit auf die Impfung zurückzuführen. Die Schuld hieran tragen die elenden sozialen Verhältnisse, unter denen die Masse der Bevölkerung lebt. (Sehr richtig.) So wenig wir wir an die Wirksamkeit irgend eines Palliativmittels hiergegen glauben, so wenig glauben wir daran, daß die Roth des Proletariats durch die Aufhebung des Impfungzwanges zu beseitigen ist. — Der Antrag 93 der Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „Unsere Reichstags-Fraktion zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspektoren mittels eines Reichsgesetzes zu wirken“, ist der Fraktion ganz aus dem Herzen gesprochen. Auch über den Antrag 94 der Parteigenossen im 5. Sächsischen Wahlkreis: Die Reichstags-Fraktion zu veranlassen, im Reichstag die Abänderung des § 120d der Gewerbe-Ordnung dahingehend zu beantragen, daß die Behörden nicht wie bisher nur befugt sind, alle Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung der §§ 120a—120c erforderlich machen, sondern daß ihnen die Verpflichtung hierzu auferlegt wird, wird sich reden lassen.

Antrag 95 lautet: Parteigenossen in Albed: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll im Reichstage den Antrag stellen, daß der Mandatsprüfungskommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeiten zu können wie bisher.“ — Dieser Wunsch ist außerordentlich berechtigt. Aber es handelt sich hier um eine Frage der Macht, der Zahl. Die Sozialdemokraten sind in einer zwar stattlichen, aber doch kleinen Anzahl im Reichstage vertreten, und so können wir nicht das durchsehen, was den Wünschen der Wähler entspricht.

Der Antrag 96: Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: „Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages soll baldmöglichst einen Antrag auf Befreiung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze einbringen.“ — Hat uns schon oft beschäftigt; er ist mit jedwemfalls sympathischer, als der Antrag der sonst immer gestellt wurde, ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für ganz Deutschland zu verlangen. Dann könnten wir mit völliger Sicherheit darauf rechnen, daß Mecklenburg oder auch Preußen zum Muster für ganz Deutschland würde. (Beifallige Zustimmung.) Auch der Antrag 97: Parteigenossen in Düsseldorf und Frau Rohlfad-Berlin: Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichstage

einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrikinspektoren vermindert werden. Es soll in dem Entwurf vielmehr gleichzeitig eine erhebliche, den Anforderungen der industriellen Entwicklung und der besseren Beaufsichtigung der Fabriken entsprechende Vermehrung dieser Beamten vorgesehen werden. Die Anstellung der männlichen sowohl als der weiblichen Fabrikinspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Befolgung hat, obwohl der Modus der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die Tätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der Fabriken in bezug auf die Ausführungen aller Arbeiterschutz-gesetz-Bestimmungen, sondern auch auf die durch die Revision sich ergebenden notwendigen Erweiterungen derselben, zum besseren Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Beamten die Exekutivgewalt zu verleihen.“ muß im Auge behalten werden. Anders liegt es mit den Anträgen 98 und 99. Sie lauten:

98. Parteigenossen in Weipzig: „Bei der nächsten Reichstagswahl sind Doppellandidaturen gänzlich zu vermeiden.“

99. Parteigenosse Gerveth in Rostock: „Bei Anstellung von Kandidaturen zum Reichstage sind die Wahlkreise aufzufordern, nur solche Personen zu nehmen, welche auch wirklich Sozialdemokraten sind, d. h. sich auf dem politischen Gebiete ebenso bewähren wie in der wirtschaftlichen Bewegung.“

Ich nehme es den Weipziger Genossen, die bei der letzten Wahl gerade in der Richtung ihres Antrages gewisse Schwierigkeiten fanden, nicht übel, daß sie das, was ihnen nicht zugestanden wurde, überall verboten haben wollen. Auch ich gehöre zu den unbedingtesten Gegnern der Doppellandidaturen, soweit sie sich irgendwo vermeiden lassen. Gerade sie sind eine ergiebige Quelle des schädlichen Personentums; und die Möglichkeit eines Erfolges bei den Wahlen ist viel sicherer, wenn ein Wahlkreis von vornherein und dauernd von dem in Aussicht genommenen Kandidaten bearbeitet wird. Dennoch giebt es Verhältnisse, wo man, man mag wollen oder nicht, aus Rücksicht auf das Parteinteresse eine Ausnahme machen muß. Nehmen Sie die Reichslande. Welchen Aufschwung hat unsere Partei da genommen! Die Möglichkeit von Wahlerfolgen ist erreicht. Wenn wir nun einen jugendfränkischen Boden zu bearbeiten haben, dann schicken wir die geeigneten Ackerleute hin. In den Reichslanden haben die Namen Bebel und Liebknecht den besten Klang. Unvergessen ist es, daß sie 1872 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens gestimmt haben, aus der Erwägung heraus, daß das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes gewahrt bleiben muß, daß die Menschen keine Sammelherde sind, die aus einem Stall in den andern getrieben wird. (Sehr richtig.) Daß an die Namen der beiden Genossen sich ein ganz besonderes Vertrauen dort knüpft, ist selbstverständlich. Deshalb war ihre Kandidatur dort ein Akt politischer Nothwendigkeit. Der Parteitag darf sich nicht durch Annahme des Weipziger Antrages die Hände binden. Daß der Antrag 99 überhaupt gestellt werden konnte. Wenn wir so weit gekommen wären, daß der Kongress durch einen ausdrücklichen Beschluß nichtsozialdemokratische Kandidaturen ausschließen müßte, dann könnten wir alle abdanken und einpacken, dann wären wir nicht werth, Sozialdemokraten zu sein. (Bravo.) Der Würde des Parteitag entspricht es nicht, diesen Antrag anzunehmen. Redner schlägt vor, die Anträge 90—97 der Fraktion zur Erwägung zu unterbreiten, 98 und 99 aber abzulehnen. Namens der Fraktion versichert Redner, daß sie so, wie ihre bisherige Tätigkeit einzig und allein vom Interesse für die Partei diktiert war, auch in Zukunft an den unwandelbaren Prinzipien der Partei und ihrem Programm festhalten wird. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Giehler-Birna verlangt, daß sofort bei Beginn der neuen Session der Antrag auf Schutz der geheimen Wahl bei den Reichstags-Wahlen eingebracht werde, damit er auch ordentlich verhandelt werden könne.

Somit wird das Wort nicht verlangt. Es gelangt die folgende Resolution zur Annahme:

Der Parteitag hat keine Veranlassung, gegen die verfloßene Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion Erinnerungen zu erheben. Der Parteitag heißt daher die Tätigkeit gut und fordert die sozialdemokratische Fraktion auf, auch ferner mit allen Kräften die Interessen des Proletariats zu vertreten, geleitet von dem Grundsatze, daß die parlamentarische Tätigkeit stets Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sei.

Der Antrag 90 wird debattelos der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag 91 giebt zu einer längeren Debatte Veranlassung.

Heymann-Berlin und Lesche-Altona wenden sich gegen den Antrag, Heymann hält nur den 3. Punkt für diskutierbar, Lesche will auch diesen abgelehnt wissen.

Bebel: Der erste Punkt soll in einer neuen Form wieder einmal das Recht auf Arbeit vom Staate verlangen. Es gab Mitte der 80er Jahre auch bei uns Leute, die an die Möglichkeit des Rechtes auf Arbeit glaubten, auch jetzt noch in der Schweiz, wovon 50 000 Leute der gleichen Ansicht. Ich meine, im heutigen Staate ist das Recht auf Arbeit ein Unstun. Die Erfüllung des zweiten Punktes würde nur dem Agrarierthum Vorschub leisten. Der dritte Punkt wird uns bei den Gewerkschaften beschäftigen. Es ist mir zweifelhaft, welche Ansicht die Oberhand gewinnen wird. Der Pilgermarsch der Gewerkschafter zum sozialpolitischen Kongress in Frankfurt zeigt nicht, daß die Gewerkschaften nicht die Reliquie haben, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen. Vielleicht empfiehlt es sich, daß die Fraktion den Theil des Arbeiterschutzgesetzes-Entwurfs, der von den Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Reichs-Arbeitsämtern handelte, nieder einzubringen.

Die Punkte 1 und 2 werden abgelehnt, Punkt 3 wird der Fraktion zur Verächtlichung überwiesen.

Der Antrag auf Aufhebung des Impfungzwanges wird abgelehnt, nachdem Bebel sich dagegen erklärt, indem er darauf hinwies, daß im Falle der Annahme dann auch die Gegner der Bivisektion, des Vegetarismus, der Naturheilkunde, mit Forderungen kommen könnten. Ein Antrag, die Reichstagsfraktion aufzufordern, auf Einführung des Achtstundentages zu dringen, wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Frau Rohlfad begründet den Antrag 97. Sie weist darauf hin, daß Minister von Boetticher gesagt habe, die Arbeiter sollten solche Forderungen nur getrost stellen, die Regierung werde dann das Mögliche thun. Es ergeht sich in Klage über die laze Handhabung der jetzigen Revisionen. Mancher Inspektor läme gar nicht in die Räume, in denen die gefährlichsten Maschinen ohne jede Schutzvorrichtung stehen. In Dresden errichte eine Blechwaarenfabrik mit einer Maschine, die „Damen-Quiloline“ heiße, aber noch nie von einem Fabrikinspektor besichtigt worden sei.

Auch Frau Kaufmann-Düsseldorf tritt für den Antrag ein.

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen. Der Antrag 94 wird von Stolten-Hamburg bekämpft, man solle sich doch nicht auf solchen Kleinraum einlassen, besser sei eine durchgreifende Aenderung der Gewerbeordnung.

Scheikler-Dresden tritt für den Antrag unter Hinweis auf die vielen in Fabriken vorhandenen Schäden ein, denen die Polizeibehörden abzuhelfen oft nicht gewillt sind.

Hg. Wurm-Hannover meint, daß der § 120d ganz korrekt gefaßt sei und daß Worte den Uebelthätern nicht abzuhelfen könnten, die Arbeiter selbst müßten die Berichte der Fabrikinspektoren gründlicher kontrollieren.

Zu dem Antrage auf schnellere Erledigung der Wahlprüfungen nimmt Auer das Wort. Er bemerkt, daß dieser Antrag kein spezifisch sozialdemokratischer sei, daß ähnliche Anträge auch von anderen Parteien, speziell von den Freijüngern, gestellt würden. Er weist auf den weischwelligen Weg der Wahlerhebungen hin und meint, viel nützen würde der Antrag nicht und es sei das Beste, die Fraktion nicht mit dieser Aufgabe zu beghelligen.

Becker-Hamburg hält den Antrag für zu kleinlich, die Partei habe Wichtigeres zu thun, sie habe doch die Kinder-schulze glücklich ausgezogen.

Ueber den weiteren Verlauf der heutigen Verhandlungen gingen uns die folgenden Privatbesprechungen zu:

Singer: Die Fraktion könne sich sehr gut einmal mit der Frage befassen, ob eine Beschleunigung der Arbeiten der Mandatsprüfungskommission nicht doch auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen sei dadurch, daß ihr das Recht verliehen wird, Jengen selbst, eventuell auch eiblich zu vernehmen. Er bittet, den Antrag doch der Fraktion zur Erwägung zu überweisen.

Die Majorität tritt dieser Ansicht bei.

Für den Antrag 96 tritt Dr. Lütgenau ein. Er glaubt nicht, daß der bestehende Zustand noch verschlechtert werden würde. Weitere Beschränkungen des Vereinsrechtes würden bei allen Parteien beinahe gleichen Widerstand finden. Das preussische Vereinsgesetz sei voller Lücken und Widersprüche, auch herrsche über seine Bestimmungen vielfach Unklarheit, so habe Stadthagen ausdrücklich erklärt, Frauen dürften Wahlvereine nicht angehören. Der § 8 des Versammlungsgesetzes schließe die Mitgliedschaft von „Frauenspersonen“ bei politischen Vereinen aus, der § 21 aber bestimme, daß Wahlvereine diesen Beschränkungen nicht unterworfen seien.

Geck-Offenburg ist gegen ein Reichsvereinsgesetz, das die badi-schen Arbeiter nur drangsaliren würde.

Legien-Hamburg wünscht die direkte Annahme des Antrages, nicht bloß die Ueberweisung an die Fraktion zur Erwägung.

Leiphardt-Stuttgart wünscht das freie Vereins- und Versammlungsrecht Schwabens für ganz Deutschland.

Heymann-Berlin IV wünscht die Erringung eines einheitlichen Vereinsgesetzes für ganz Deutschland unter dem Druck einer systematischen und im großen Stille betriebenen Agitation, die nicht ohne Eindruck auf die Regierung sein wird.

Geck-Mainz: Wenn die Süddeutschen ihre Vereinsgesetze verlieren, dann sind sie der Willkür der Polizei auf grund der allgemeinen Landes-Gesetzgebungen ausgeliefert. Im Programm sind unsere Forderungen in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht bereits ausgesprochen. Die Ueberwachung der Versammlungen durch die Polizei ist gar nicht so schlimm. Die Polizeiproletarier hören da manches, was ihnen zu hören gut ist. (Beifall.)

Es sprechen noch Huth-Eberfeld, Stolten-Hamburg, Stadthagen, Günther-Braunschweig, Schmädt-Zwidau und Bebel, der keine prinzipiellen Bedenken gegen den Antrag hat und ihn warm befürwortet, dagegen den Zusatzantrag Heymann abzulehnen bittet.

Auer beantragt, die Fraktion wird beauftragt, durch entsprechende Anträge im Reichstag auf die Erfüllung der Forderung 4 des Parteiprogrammes hinzuwirken.

Dieser Antrag wird nach Ablehnung der anderen angenommen.

Antrag 98 wird abgelehnt, Antrag 99 wird durch Ueber-gang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt Antrag 101.

Singer bittet den Antrag abzulehnen und diesen Dingen endlich einmal ein Ende zu machen. Wir müssen mit der Liebsäule mit den Unabhängigen aufhören, etwas anderes ist der Antrag nicht. (Sehr richtig!) Mit Vorschlägen wie dem, daß die Abgeordneten sich nach dem Alphabel in der Theilnahme an den Reichstags-Sitzungen ablösen sollten, machen wir uns nur lächerlich. Mit dem Unfuge, sich den rabulal klingenden Redensarten der Herren Unabhängigen zu Liebe mit solchen Dingen überhaupt zu befassen, muß endlich gebrochen werden. (Beifall.) Ueber den Antrag geht man zur Tagesordnung über. Damit ist der Punkt 4 der Tagesordnung erledigt. Eine große Reihe von Begrüßungs-Telegrammen ist eingelaufen.

Genosse Brubns-Bremen kann wegen Krankheit nicht auf dem Parteitag erscheinen. Die Mittheilung der Beurtheilungen im Berliner Geheimbundsprozess wurde mit den Ruf: Der neue Kurs! aufgenommen. Schluß 12 1/4 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Zell um 3 1/4 Uhr eröffnet. Zur Behandlung gelangt Punkt 5: Die Maisfeier.

Berichterstatter Liebknecht: Ich will zunächst die Geschichte des ersten Mai geben. Auf dem ersten internationalen Kongress zu Paris wurde beschlossen, im Interesse des Achtstundentages und anderer Forderungen der Arbeiterklasse am 1. Mai nach den Sitten und Gewohnheiten der einzelnen Länder, wo organisierte Arbeiter vorhanden sind, am 1. Mai eine Arbeitsfeier, ein Arbeiterfest zu begehen. Damals wurde nicht der Beschluß gefaßt, Arbeitsruhe überall einzutreten zu lassen; dieser Gedanke ist erst nachträglich hinzugekommen. Ich selber habe dem Kongress vorgeschlagen und weiß, daß ich sofort protestirt hätte, wenn auch nur von einer Seite angedeutet worden wäre, daß allgemeine Arbeitsruhe eintreten solle. Ich bin überzeugt, daß mich die Mehrzahl der deutschen Delegirten in Paris in diesem Protest unterstützt hätte und ebenso alle diejenigen Länder, wo eine stark und fest organisierte Arbeiter-schaft vorhanden ist. Daß es über die Frage der Arbeitsruhe zu Streitigkeiten kam, daran war Schuld, daß durch eine deutsche Sprach-eigenthümlichkeit das Wort Arbeitsfeier doppelt verstanden werden kann, einmal als Feierlichkeit und ein ander-

\*) 101. Parteigenossen in Düsseldorf: In Erwägung, daß unsere Partei ihre Hauptaufgabe niemals in der parlamentarischen Betheiligung suchen kann und suchen darf, sondern das Schwergewicht ihrer disponiblen Kräfte der unmittelbaren Propaganda zuzuwenden hat, sollen von jetzt ab — außer bei ganz wichtigen Abtimmungen — nur ein Bruchtheil unserer Abgeordneten, d. h. nicht viel mehr, als nöthig sind, um eine Fraktion darzustellen, an den Reichstags-Sitzungen teilnehmen. Alle übrigen Abgeordneten aber, die sich mit ihren Fraktionsgenossen im Parlament jährlich (vielleicht nach alphabetischer Reihenfolge) abzulösen haben, sollen zur Zeit, wo sie den Reichstags-Sitzungen nicht beiwohnen, in den verschiedenen Provinzen des Reiches große Volksversammlungen abhalten, in welchen sie vornehmlich die den Reichstag beschäftigende Materie zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen haben.

mal als Arbeitstruhe. Nach dem Pariser Kongress kam die Reichstags-Wahl in Deutschland, die uns alle in Anspruch nahm. Auf das Mißverständnis des Wortes wurden wir erst aufmerksam, als es schon zu spät war, als in vielen Orten sich die Genossen bereits gebunden hatten. Als die Wahlen vorüber waren, war es eine der ersten Handlungen der neuen Fraktion, einen Aufruf zu erlassen, in dem hervorgehoben wurde, daß in Paris die Arbeitstruhe nicht beschlossen worden sei. Wie die Dinge lagen, ließ sich die Arbeitstruhe nicht erzwingen. Wäre der Versuch zu diesem für die Gegner günstigen Zeitpunkt allgemein unternommen worden, dann wäre es zu einer großen Schlacht gekommen, wo unsere sichere Niederlage bevorstand, und unser gewaltiger Sieg bei den Wahlen in den Triumpf der Bourgeoisie verwandelt worden wäre. Wir gaben in unserem damaligen Aufruf den Gedanken der Arbeitstruhe nicht prinzipiell auf, sondern riefen von ihr nur dort ab, wo schwere Konflikte mit dem Unternehmertum durch sie heraufbeschworen würden. In Deutschland spielte noch eine andere Frage hinein, die nämlich, ob die Maitéier mit Notwendigkeit am 1. Mai gefeiert werden müßte oder am ersten Sonntag im Mai. In England, wo eine mächtige Gewerkschaftsorganisation besteht, haben die Arbeiter mit dem Instinkt, den der Besitz der Macht giebt, ein, daß sich die Arbeitstruhe am 1. Mai nicht durchführen lasse und wählten den ersten Sonntag im Mai. Die deutsche Fraktion trat mit einer Ausnahme dieser Ansicht bei und schlug dem Brüsseler Kongress vor, die Maitéier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Auf eine Kritik dieser Stellung lasse ich mich nicht ein, sie wurde jedenfalls von jener Mehrheit im Interesse der Partei angenommen, gab aber in Brüssel Anlaß, den Deutschen Parteimitgliedern vorzuwerfen. Jetzt ist der Gedanke, die Feier sei immer auf den Sonntag zu verlegen, fast von allen fallen gelassen worden. Diese Frage ist jetzt also aufgeschoben, keine Differenz besteht mehr hierin zwischen den einzelnen Nationen. Damals aber erhoben die Franzosen, Oesterreicher und Amerikaner den Vorwurf wider uns, wir Deutschen wollten mit unserem Vorschlag, den ersten Sonntag im Mai zu wählen, einen Konflikt aus dem Wege gehen, wir würden als Feiertage bezeichnet. Dabei wurde nicht bedacht, daß die härteste Arbeiterorganisation neben Deutschland, die Engländer, demselben Gedanken folgte. Der Brüsseler Kongress befestigte jedenfalls den Gedanken an den ersten Sonntag. In Berlin auf unserem Kongress bestätigte die Abstimmung, daß auch wir ihn aufgegeben hätten. Der erste Mai ist nicht bloß in allen germanischen, sondern auch in allen romanischen Ländern von Alters her ein Volksfesttag, in dem sich Ueberreste alter Sitten erhalten haben, die auf die Betonung der Souveränität des Volkes hinauslaufen. Nun könnte man sagen, es sei eine Sentimentalität auf die Tradition und die vieltausendjährige Geschichte dieses Tages hinzuweisen. Aber diese Traditionen sind im Süden noch mächtig. Eine einheitliche Feier wäre unmöglich geworden, wenn Deutschland und England aus Opportunitätsrücksichten auf dem ersten Sonntag im Mai bestanden hätten. Wir würden dann in der That zwei Maitéier haben. Gerade das ist das Große, das Erhebende, gerade das ist die Kraft des Gedankens, daß an einem Tage in der ganzen Welt sich der Blick des Proletariats über die Schranken der Nation hinaus, über die ganze Erde weidet, deshalb ist von deutscher Seite auf dem Züricher Kongress gar nicht mehr der Versuch gemacht worden, für den ersten Sonntag einzutreten. Wir stehen auf dem Boden des Brüsseler Beschlusses, der in Zürich erneuert wurde. Der Züricher Beschluß ist, soweit die deutsche Fassung der Maitéieresolution in Betracht kommt, um etwas weiter gegangen, er lautet:

Der Kongress beschließt: die Sozialdemokratie eines jeden Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitstruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der in dieser Richtung an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen unternommen wird. Wir Deutsche konnten für diesen Zusatz nicht stimmen, weil wir die Verantwortung nicht übernehmen konnten, jeden Versuch, jede Tollkühnheit zu unterstützen, die ein enthusiastischer Parteigenosse begeht und wodurch die Partei in einen Generalkampf verwickelt werden würde. Damit würden wir tatsächlich den Generalkrieg proklamieren. Das können wir nicht mit unserer Pflicht, unserem Gewissen und der tatsächlichen Sachlage vereinbaren. Denken wir an Hamburg, dort war die Arbeiterchaft durch einen Beschluß gebunden. Haben wir siegen können? Es war unmöglich, obwohl es sich um die am besten organisierte Arbeiterchaft handelte und sie ganz Deutschland im Kampf unterstützte. Gegenüber der ökonomischen Lage ließ sich nicht ankämpfen. Eine Dummheit einmal zu begehen, ist erlaubt, aber beim zweiten Male verurteilt sie sich. (Lebhafte Zustimmung.)

Gewissenlos würden die Führer handeln, wenn sie die Armee in die Karree's der Feinde hineintreiben wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wurde deshalb von ihren Gegnern verspottet, aber den Spott können wir im Gemüthsfein unserer Stärke leicht ertragen. Wir stehen nicht allein, auch die Engländer, die zum ersten Male dahin gelangt waren, im Interesse der internationalen Solidarität die Feier nicht am ersten Sonntag, sondern am ersten Mai zu begehen, haben erklärt: mit dem Eintreten für jeden Versuch ist der organisierten Partei nicht gedient. So hat es denn in Zürich zwei Fassungen der Resolution gegeben.

Die Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung traten dabei hervor. Der Wortlaut der englischen Resolution lautet: Die Sozialdemokratie u. s. w. hat für eine Feier durch Arbeitstruhe am 1. Mai zu streben und die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen darin zu unterstützen. Zwischen Bemühung und Versuch ist ein großer Unterschied. Bemühung das bedeutet soviel wie Agitation, wie arbeite darauf hin, Versuch aber ist eine konkrete Handlung. In der englischen Fassung wären wir, das hob Singer schon in Zürich hervor, bereit gewesen, den Antrag anzunehmen; es wurde uns aber bemerkt, daß die deutsche Fassung die wörtliche Uebersetzung des französischen Originaltextes war. Wir schlagen nun diesem Parteitag folgende Resolution vor:

Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitstruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitstruhe feiern.

Diese Resolution läßt die Frage, ob der erste Sonntag gewählt werden soll, ganz links liegen. Diese Frage ist für uns abgethan, nicht einmal das erklären wir mehr darin, daß dort, wo die Feier am 1. Mai unmöglich ist, sie am ersten Sonntag begangen werden soll. Eine solche Bestimmung würde ein Schlupfloch offen lassen und wie ein schwächliches Kompromiß erscheinen, während wir keinen Zweifel darüber aufkommen lassen wollen, daß die Feier am 1. Mai begangen werden muß. Der Zweck der Arbeitstruhe ist ausgedehnt worden, das Weltfest der Arbeit wird begangen nicht nur für den Achtstundentag, sondern für alle Klassenforderungen des Proletariats, für den Gedanken der internationalen Verbrüderung und für den Weltfrieden. Wir erkennen darin die Arbeitstruhe nicht nur als die würdigste Form der Feier an, wir sind weiter gegangen, wir sagen, daß wir sie erstreben. Das entspricht genau dem englischen Text. Wenn wir vor 2 1/2 Jahren schon in anbetrachter der schlimmen Geschäftslage Grund hatten, den deutschen Arbeitern den Rath zu geben, nicht den Kampf mit dem gesammten Unternehmertum aufzunehmen, wenn damals schon die Nothwendigkeit dazu vorlag, so handelt es sich heute um eine doppelte Nothwendigkeit. Die Geschäftslage ist seitdem schlimmer gewor-

den, die Reservearmee, die jeden Augenblick die Säcken füllt, die durch das Wegbleiben der organisierten Arbeiter entstehen, ist gewachsen. Ein Generalkrieg wäre jetzt hoffnungslos, seit den letzten zwei Jahren sind alle großen Streiks, die wir in Europa hatten, in der Erkenntnis der für die Bourgeoisie günstigen Lage und in der Hoffnung, die Arbeiterorganisationen zu schwächen und sie aufs Neue zu zwingen, durch das Unternehmertum provoziert worden. Die Bourgeoisie weiß, daß sie augenblicklich im Klassenkampf das Heft in Händen hat, der Instinkt, der schafft die Einsicht dessen, was für sie nützlich ist. Dieser Instinkt ist bei einer herrschenden Klasse immer kräftiger entwickelt als bei einer emporkommenden Klasse. Wer hat am meisten zu den Streiks am 1. Mai gehezt? Haben Sie nicht gesehen, wie die Fabrikantenblätter die Arbeiter höhnten, sie erbärmliche Feiglinge nannten, die nicht wagten, den Kampf anzunehmen? Sie wollten sie zum Kampfe in einem für uns ungünstigen Augenblick reizen. Da mag man wohl auf die Zähne locken, erprobte Truppen nicht. Spöttisch hat man gesagt, wir wollten die Schlacht wohl nur dann annehmen, wenn wir den Sieg in der Tasche hätten. Nein, so liegt die Sache nicht, wir wollen die Schlacht dann anbieten, wenn der Sieg nicht in der Tasche der Gegner ist, dann, wenn die Waffen gleich sind. Die Frage der Arbeitstruhe fällt mit der des Generalkrieges jetzt in der That zusammen. Die Gegner würden den Kampf sofort zu einem allgemeinen machen, der Weltstreik, der Generalkrieg aber ist ein Unfuss. Haben wir es in der Hand alle Mäder still stehen zu lassen, dann lassen wir sie nicht still stehen, dann sollen sie arbeiten, nicht mehr für einzelne Ausbeuter, sondern für die Gesamtheit. Alle Mäder stehen still, wenn dein starker Arm es will — ja — aber das Proletariat hat Millionen Arme und sie sind noch nicht ein Arm! Tausende sind organisiert, Millionen unorganisiert. Die deutschen Arbeiter erfüllen ihre internationalen Verpflichtungen nicht lau, das ist ein Vorwurf, der nur von denen erhoben wird, die es selber an der Erfüllung dieser Pflichten fehlen lassen. So selbstlos, so international sieht der deutsche Arbeiter, wie nur der Arbeiter irgend eines Landes. Sorgen Sie dafür, daß der erste Mai großartig gefeiert wird. Mögen alle die Arbeit ruhen lassen, die es können, ohne die Interessen unserer Sache zu schädigen. Aber keine Aufforderung zu Tollkühnheiten darf erfolgen, die die Partei zu hoffnungslosem Kampfe engagieren würden. Wenn wir Beschlüsse fassen, so sind wir gewohnt, daß sie nicht platonisch bleiben. Aber die Partei macht jeden Genossen auf die Verantwortung aufmerksam, die er auf sich nimmt. Nicht bloß Adel auch Größe und Kraft verpflichtet.

Eine Partei, die die Aye bildet, um die sich das politische Leben dreht, kann keine Resolutionen erlassen, die nicht ausgeführt werden. Sie würde dadurch beweisen, daß sie eine Partei von Phrasenbänken ist, und von der Phrase haben wir uns zu emanzipieren. Auch die Aufforderung zur vollständigen Arbeitstruhe wäre nur eine löbliche Phrase. (Lebhafte Beifall.)

Die meisten eingelaufenen Anträge und Resolutionen über die Maitéier decken sich mit derjenigen Liebknecht's. Ein Berliner Antrag aber enthält die Forderung der Arbeitstruhe am 1. Mai in denjenigen Orten, in denen Volksversammlungen dahingehende Beschlüsse fassen. Andere Anträge verlangen die Verlegung der Feier auf den ersten Sonntag im Mai.

In der Diskussion verlangt Jost-Berlin, daß die Feier überall gleichmäßig an einem Tage stattfindet und keine Rücksicht auf schlechtes Wetter und ähnliche Dinge genommen wird. Versammlungen müssen schon am Vormittag abgehalten werden.

Zu Berlin: Die wirtschaftlich Bessergestellten sollen mit der Arbeitstruhe anfangen, dann werden die wirtschaftlich Schwächeren schon nachfolgen, er ist mit der Resolution Liebknecht's einverstanden.

Wittberg-Berlin: Mit der Arbeitstruhe haben die österreichischen Genossen gute Erfolge erzielt. Wir sollten dies berücksichtigen. Alle Kundgebungen müssen am 1. Mai stattfinden, jeder Almbaum, wie Spezialitäten-Vorstellungen, die der Feier den ernststen Charakter nehmen, haben zu unterbleiben. Auch Geschäfte dürfen nicht mit der Maitéier gemacht werden, wie beim Anfang mit den allgemeineren Orden und Ehrenzeichen. (Heiterkeit.) Redner meint, das Unwesen mit den Maitéier-Abzeichen muß endlich aufhören.

Zur Resolution wird ein Unterantrag eingebracht, der die Forderung aufstellt, die Feier nur am 1. Mai abzuhalten.

Der Antrag der Berliner Genossen wird durch Engels-Berlin zu Gunsten der Resolution Liebknecht's zurückgezogen.

Können-Hamburg: Trotz der Resolution Liebknecht's werden die Genossen doch hier und da ihren eigenen Weg gehen, so wird es z. B. in Hamburg sein. Allerdings sind auch dort schon zwei Meinungen vorhanden. Die einen meinen, die Feier werde zu einem Jahrmärktchen oder Fastnachtstredel ausarten, wir müssen in der That darauf achten, daß die Demonstration nicht ausartet. Jedenfalls werden es sich die Hamburger nicht verbieten lassen, eine Demonstration am Sonntag abzuhalten. Unter diesem Vorbehalt mache er hier mit.

Wils-Pantlow: Ich bin beauftragt, für die Arbeitstruhe am 1. Mai einzutreten, habe mich aber durch die Ausführungen Liebknecht's eines anderen belehren lassen. Die Gewerkschaften müssen sich die Feier mehr angelegen sein lassen.

Joest-Waiz ist der Ansicht, daß die Liebknecht'sche Resolution nicht bestimmt genug ist. Sie läßt den verschiedenen Auffassungen zu weiten Spielraum und es wird auch diesmal Leute geben, die sich stark genug zum Feiern fühlen und die wir dann, wenn sie unterlegen sind, unterstützen müssen. Wir wäre es am liebsten, wir sagten einmal klar, wir sind genöthigt, so lange die wirtschaftliche Lage eine so schlechte ist, von der Arbeitstruhe abzusehen. Da aber keine bessere Resolution vorhanden ist, stimme ich für die Liebknecht'sche Resolution.

Opfiziuz-Worheim glaubt, daß eine ganz einheitliche Maitéier nicht durchzuführen sei. In ländlichen Kreisen muß man froh sein, wenn die Leute am Sonntag zur Feier kommen.

Hiele-Göppingen wünscht, daß die Parteigeschäfte am 1. Mai Arbeitstruhe halten.

Gewehr-Elberfeld ist erfreut, daß Liebknecht heute die Maitéier nur am 1. Mai abgehalten wissen wollte, damit wird eine einheitliche Feier angebahnt. Die Resolution hätte gleichwohl etwas weitgehend sein können, wir brauchen nicht immer in der Defensive zu bleiben. Wir können als Kampfpartei auch einmal in die Offensive treten. Genosse Joest hat hier wohl zu grollisch gemacht. Vor unüberlegten Arbeitseinstellungen ist gleichwohl zu warnen.

König-Witten-Bochum: Im Kohlenrevier ist Arbeitstruhe am 1. Mai unmöglich. Der letzte Streik hat das gezeigt. Er bittet einen Beschluß zu fassen, der auch eine spätere Feier ermöglicht.

Sofmeister-Halle ist gegen die verschiedenzeitige Feier, er ist für die Resolution Liebknecht's.

Legien-Hamburg erklärt, daß die Genossen von Hamburg schon daran denken, die Demonstration am Sonntag fallen zu lassen. Wahrscheinlich werde diese Ansicht in ganz Hamburg durchdringen. Jedenfalls möge sich der Parteitag durch Nichtsicht auf Hamburg in seinen Entschlüssen nicht beirren lassen. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, tritt Schluß der Diskussion ein.

Liebknecht giebt im Schlusssatz seiner Rede darüber Ausdruck, daß seine Resolution fast allseitige Zustimmung gefunden habe. Er wendet sich gegen die einzelnen Abänderungsvorschläge, die theils eine Abschwächung, theils eine Verschlechterung bedeuten! Auch der Unterantrag sei überflüssig. Wenn er sage, der 1. Mai solle gefeiert werden, so sage er doch nicht, der erste Sonntag solle gefeiert werden. Das sei doch gegen jede Grammatik, gegen jedes Sprach-

gefühl. Der Bergarbeiter, der hier gesprochen, habe so recht dargelegt, daß an eine Arbeitstruhe nicht zu denken ist. Joest habe gesagt, der Maitéierbeschluß sei der unglücklichste Beschluß gewesen. Er sage, der Jubel, mit dem er überall in anderen Ländern aufgenommen wurde, habe bewiesen, daß er vielleicht der glücklichste Beschluß gewesen ist. Die Resolution werde künftighin Streitungen mit den ausländischen Genossen vermeiden. Redner weist die Ausstellungen, die im Laufe der Debatte gegen seine Resolution laut geworden sind, im einzelnen zurück. Wenn die Geschäfte gut gehen, die Reserve-Armees zurückgegangen ist, die Konjunktur günstiger geworden ist, dann ist auch in der heutigen Gesellschaft eine allgemeine Arbeitstruhe möglich. Das die ein erstrebenswerthes Ziel ist, darin sind wir wohl alle einig. Redner bittet um möglichst einstimmige Annahme der Resolution; damit ist die Klust überbrückt, die uns von manchen Genossen im Auslande noch trennt. Das deutsche Proletariat steht in Reich und Glied mit den Arbeitern der übrigen Länder. Die Annahme der Resolution würde selbst eine Feier sein, denn sie ist eine Verhätigung des Gedankens der internationalen Solidarität, der uns alle erfüllt; wir bekunden damit den Arbeitern aller Länder, daß wir eins sind mit ihnen in jeder Beziehung. In der Abstimmung werden alle Unteranträge abgelehnt. Die Abstimmung über die Liebknecht'sche Resolution ist eine namentliche. Bebel und Halle-Grün sind Versammlungen wegen, die sie in Nachbarkräften abhalten, an der Abstimmung verhindert. Sie lassen erklären, daß sie für die Liebknecht'sche Resolution gestimmt haben würden. Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme der Resolution mit 100 gegen 3 Stimmen (Bravo).

Ein Antrag, die Maitéier-Feierung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen, wird angenommen.

Die Wahlen zur Siebener-Kommission, welche den Streikfall Schumacher zu erledigen hat, wird vollzogen. Es werden in die Kommission entsandt: Gerisch, Stolten-Hamburg, Ged-Offenburg, Stadthagen, Lehmann-Dortmund, Kreis-Magdeburg und Gewehr-Elberfeld.

Da Morgen Abend ein Kommerz abgehalten werden soll, wird der Parteitag Morgen von 9 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags tagen.

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr.

Folgende Resolutionen und Anträge wurden in den bisherigen Sitzungen an die Mitglieder des Parteitages vertheilt:

### Resolution zu Punkt 7 der Tagesordnung: Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampfe besonders unbedequent wird, gegen das jüdische Ausbeutertum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsstadien der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittlich sind. Daher auch die Unterdrückung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch solche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten ausgehenden kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.

### Resolution, Bewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.

Auer, Bebel, Fischer, Gerisch, Liebknecht, Singer, Schippel, Reighaus, Vock, Büttgenau, Ad. Ged., Kaden, Stollen, Frohme, Schoenlant, Ortelt beantragen:

In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Mos-Grillenberger wie in der Resolution Bloke und Genossen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, durch Anschluß an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat; in weiterer Erwägung, daß seit jener Zeit kein Ereignis eingetreten ist, das eine Veränderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung sei es in prinzipieller oder taktischer Richtung nothwendig erscheinen läßt; in fernerer Erwägung, daß die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen ausdrücklich ausgesprochen ist, wiederholt der Parteitag den Ausdruck seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, unermüdbar für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.

Er o n s beantragt folgende Resolution: Wenngleich sich auf dem Parteitag kein einziger Genosse befindet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterfrage durchdrungen ist, so weisen doch Beobachtungen zahlreicher Delegirter darauf hin, daß selbst in Kreisen vorgeschrittener Parteigenossen die Theilnahme an der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend regt ist. Veranlassung zu dieser Lässigkeit sind einmal die vielfach ungünstigen Erfahrungen der letzten Jahre in den Kämpfen um die Arbeitsbedingungen, andererseits die noch in manchen Köpfen herrschende irrige Meinung, daß das mächtige Anwachsen der politischen Partei die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen überflüssig mache.

Der Parteitag spricht deshalb seine Anschauungen ausdrücklich folgendermaßen aus: Die Gewerkschaften haben die doppelte Aufgabe:

1. Die geschlossenen Reihen zu bilden, welche sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Kräften entgegenstemmen und um welche sich zu Zeiten des Nachlassens der Krisen die Massen scharen behufs Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Jeder Erfolg hierbei bedeutet aber einen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, indem sie den Arbeitern Mittel und Zeit zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen Lehren schafft.
2. Die indifferenten Arbeitermassen heranzuziehen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und Aufklärung über die allgemeine

Sage im Anschluß an die im engsten Kreise fühlbare Sage zu verbreiten. Damit hierbei nicht die von vielen Seiten befürchtete Verflüchtigung der Bewegung eintritt, ist es nötig, daß gerade die vorgeschrittensten Parteigenossen allerorts sich an der Arbeit beteiligen.

Der Parteitag erklärt deshalb: Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören.

**107.** Der Parteitag wolle die Herausgabe eines Zentral-Blattes für die ländliche Bevölkerung beschließen und den Parteivorstand mit der Ausführung beauftragen.

Günther, Braunschweig.

**109.** Die Genossen des Preussisch-Angemessener Wahlkreises beantragen, der Parteitag wolle beschließen, das Volksblatt für Teltow ev. beizubehalten, da sonst der Rückgang der Partei im Voraus zu sehen wäre.

H. Wallström, Schwedt a. O.

**110.** Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Partei-Organs, welches einen Ueberblick in dem jedesmaligen politischen Fortschritt in der Partei, übersichtliche und wissenschaftliche Artikel und die wichtigsten Korrespondenzen vom In- und Auslande bringt. Im Interesse der deutschen Genossen im Ausland ist das Erscheinen des Blattes absolut nötig.

Deutscher Sozialdem. Leseklub in Paris.

**111.** Die Danziger Parteigenossen beantragen, das laut vorjährigem Parteibeschluß herausgegebene Blatt „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“ so zu gestalten, daß es seinen Anforderungen entspricht. Unter Anforderungen wird verstanden, den Genossen der Hauptorte einen bestimmten Raum im Blatt für lokale Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen.

Dito Jochem, Danzig.

**112.** Zur Aufklärung und Gewinnung der Landbevölkerung für die Sozialdemokratie sind zu Zeiten wichtiger politischer Tagesfragen Flugblätter auf dem Lande zu verbreiten. Die Anfertigung derselben soll den einzelnen Landesorganisationen überlassen werden. Die Kosten für Druck und Verbreitung übernimmt die Parteikasse.

Dr. Mühl und Genossen.

**123. 1.** Es ist ein unentzerrbares Recht eines jeden Menschen, in dem freien Gebrauch seiner Muttersprache und der Ausbildung in derselben nicht gehindert, sondern von der Staatsverwaltung gefördert zu werden. Die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse der nichtdeutschen Nationalitäten des Deutschen Reiches widersprechen diesem Grundsatz durchaus. Sie sind im Interesse der ausgebeuteten Volksmasse, sowie aus Gründen politischer Natur dringend abhelfend. Der Parteitag verlangt daher: Das das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache allen Reichsbürgern ungeschmälert zugesichert und verfassungsmäßig, unter Anerkennung des Deutschen als Amtssprache, die Sprache, deren sich die nichtdeutsche Bevölkerung eines Bezirkes bedient, als gleichberechtigte Unterrichts- und Gerichtssprache anerkannt werde. Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, die entsprechenden Anträge zur Reichsverfassung und zum Gerichtsverfassungsgesetz zu stellen und eine dahin zielende Agitation zu entfalten.

**2.** Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Frage einer die Erwerbslosigkeit jeder Art betreffenden Reichsversicherung zu prüfen und dem nächsten Parteitag darüber zu berichten und Vorschläge zu machen.

Rahenstein und Genossen.

**124.** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, bis zum nächsten Parteitag einen Organisationsplan auszuarbeiten der sich der Zentralisation mehr anpaßt, als wie es bei der gegenwärtigen Organisation der Fall ist.

H. Berthold, Darmstadt.

**125.** Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand für die ländliche Bevölkerung je nach Bedürfnis, Flugblätter auf Kosten der Parteikasse drucken läßt, jedoch in anbeachtlicher der verschiedenartigen Verhältnisse der ländlichen Distrikte die Redigierung den einzelnen Provinzen überläßt.

Bedmann und Genossen.

## Tokales:

**Zur Organisation des Handwerks.** Eine Lokal-Korrespondenz meldet: Das Polizeipräsidium hier selbst hatte für Dienstag Vormittag 10½ Uhr eine Anzahl „Nichtnennungs-Mitglieder“ der Gewerbetreibenden Berlins zu einer Konferenz geladen, um die Ansichten und Meinungen derselben über die Vorschläge des Herrn Handelsministers von Versepch „die Organisation des Handwerks betreffend“ zu hören. Als Resultat obiger Konferenz wurde beschlossen, daß die durch Herrn Wolff vertretene „Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und Umgegend“ in der kommenden Woche eine allgemeine Versammlung sämtlicher Gewerbetreibenden Berlins, welche Nichtnennungsmitglieder sind, einberufen solle.

In dieser Versammlung soll die Stellungnahme zu den ministeriellen Vorschlägen eingehend erörtert und das Ergebnis dem Polizeipräsidium mitgeteilt werden.

**Wegen ansteckender Krankheiten** mußten, dem Bericht der städtischen Schuldeputation zufolge, im Jahre 1892/93 verschiedene Klassen der Berliner Gemeindeschulen vollständig geschlossen werden, nämlich an 5 Schulen je 1 Klasse, an 1 Schule 2 Klassen und an 2 Schulen alle Klassen. Die Krankheiten, welche die Schließung verursachten, waren besonders Masern, daneben Scharlach, Diphtherie und Windpocken. Die Dauer der Unterbrechung des Unterrichts schwankte zwischen 6 und 16 Tagen. In einem Falle dauerte die Unterbrechung 24 Tage, wobei aber die Weihnachtstferien 1892 mit eingerechnet sind. Die Klasse 6a der 20. Gemeindeschule mußte zweimal geschlossen werden, im Juni 1892 und im Februar 1893. Beide Male waren Masern die Ursache der Schließung. Zur Beleuchtung dieser Verhältnisse können die vor kurzem stattgefundenen Verhandlungen des Berliner Lehrervereins über die gesundheitlichen Verhältnisse in den Gemeindeschulen Berlins dienen. Der Lehrer W. Siegel führte bei dieser Gelegenheit aus, Kinderexponenten, namentlich Scharlach und Masern, seien nachweislich durch schlecht gelüftete Schulzimmer verbreitet und in zahlreiche Familien weiter getragen worden. Ueber die schlechte Lüftung und mangelhafte Reinigung der Klassenzimmer der Berliner Gemeindeschulen haben die Lehrer, die hierüber besser unterrichtet sind als die Schuldeputation und die verehrlichen Leiter der Berliner Gemeindeschulwesen, lebhafteste Klage geführt. Dasselbe hatten kurz vorher die Gemeindeschullehrerinnen in ihrem Verein gethan. Die auf Grund dieser Verhandlungen gefaßten Resolutionen, welche eine größere Sauberkeit in den Schulzimmern forderten, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ob's deshalb anders werden wird? Wollen's abwarten!

**Gegen Vorkommen für Kinder** eifert die „Berliner Zeitung“ auf Grund der ihr zugegangenen Mitteilung, daß in einer Gemeindeschule in Berlin W. mehrere Schülerinnen im Alter von 12-13 Jahren sich solche Karten geleistet und mit einander ausgetauscht haben. Dieser Umstand mag allerdings auf die Gemeindeschule neu sein, weil die seit ausschließlich von Kindern besucht werden, deren Eltern für solche Kindererben kein Geld übrig haben. Aber auf den höheren Lehranstalten sind die Vorkommen auch in den unteren Klassen eine seit langem bestehende Erscheinung, und sie finden sich selbst bei Knaben und Mädchen unter 9 Jahren, die knapp der Schiefertafel entwachsen sind, ziemlich allgemein. Von hier aus dürfte das papierne Spielzeug auch seinen Weg in die Gemeindeschulen gefunden haben, und wahrscheinlich handelt es sich bei den oben

erwähnten Gemeindeschülerinnen überhaupt um Mädchen aus besser sitzter Familie, die sich aus irgend einem Grunde in die Gemeindeschule verirrt haben. Wenn die „Berliner Zeitung“ mit Bezug auf diese Gemeindeschülerinnen die Frage aufwirft, ob wohl die Eltern von den Karten Kenntnis haben mögen, so können wir ihr mit Bezug auf die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten die Antwort geben: Bei diesen wissen die Eltern nicht nur von den Karten, sondern sie geben sogar, sie höchstgehändig bestellen.

**Genosse Josef Hohlwegler**, früherer Redakteur der Fachzeitung der Maler, des „Berliner Anzeigers“, wurde am Mittwoch Nachmittag auf dem Michaelkirchhof in Rixdorf zur letzten Ruhe gebettet. Wohl an 400 Genossen, meist Berufskollegen des Verstorbenen und Mitglieder des Wahlvereins des dritten Kreises und auch viele Frauen befanden sich im Leichenzuge, der seinen Weg vom Trauerhause, Mittenwalderstraße Nr. 24, durch die Gneissaustraße, die Hasenhalde, die Wismanne, Karlsgarten- und Hermannstraße nahm. An der Gruft wurde der Sarg von der Liebertafel der Maler mit einem Geblidde empfangen und ohne jedes Zeremoniell beigesetzt. Gegen 30 große und dieselbe Zahl kleine Kränze gaben Zeugnis von der Achtung, die sich der im jugendlichen Alter von 30 Jahren nach jahrelangem Leiden an der Lungenkrankheit verstorbenen treuen Mitkämpfer für die Sache des Proletariats erworben hatte. Prachtvolle Kränze mit rothen Widmungsschleifen ließen niederlegen: Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstagswahlkreises, die Buchdruckerei von Maurer und Dimmit, der Hauptverband der freien Vereinigung der deutschen Maler und Berufsgenossen, die Freireichler Berlins und Umgegend, die Filialen der Vereinigung der Maler: Berlin I, Moabit, Osten, Süd-West, Berlin IV (Ladiner), Stettin, Leipzig, Bremen, Straßburg, Nürnberg, Rixdorf, Altona, Friedebau-Steglich, Stuttgart, Badenwalde, Hannover, Dresden, Frankfurt a. M., München und Kiel, ferner „die Kollegen Berlins“, die Krankenkasse der Maler etc., Frau Goldacker u. s. w. Sein unerträgliches Wirken für unsere Ideen sichert ihm ein ehrendes Andenken bei allen, die ihn kannten.

**Antisemitischer Anstand.** Ein Leser schreibt uns: Am vorigen Sonntag Abend besuchte ich mit meiner Braut das Bierlokal von Domelang, Friedrichstr. 125. Die zahlreichen Gäste, Damen und Herren, sangen allerlei schöne Lieder, z. B. „Wenn die Juden wiederkommen, die wern verhaun“ u. s. w. nach der Melodie: „Wenn die Schwaben wiederkommen“. Unter endlosem Gejohle kam dann auch das Lied: „Sei Dir im Siegerkranz an die Reihe. Alle Gäste erhoben sich, und da meine Braut und ich sitzen blieben, tobten und schrien die Sängerinnen und Sänger wie eine Wande Tölpelhauser an: „Stehen Sie auf, stehen Sie auf.“ Da wir dem Ruf nicht Folge gaben, drang der Wirth mit den Gästen in bedrohlicher Weise auf uns mit höchst beleidigenden Redensarten ein, wie: „versucht Sozialdemokraten-Verstand“, und: „schmeißt der Wad raus“, „laßt Euch hier nicht wieder sehn“, „vornwärts, raus, der Bier braucht er sich zu bezahlen“, „bet is ja de größte Schande, wenn sonne Luder nich mal uffstehen wollen, wenn so'n Scheinied Lied gesungen wird.“ Unter Schreien und Drängen und Stoßen wurden wir mit Gewalt an die frische Luft befördert.

Es genügt dies wohl, um das Betragen des Wirthes gegen uns zu kennzeichnen, um unsere Genossen zu veranlassen, diese Gesellschaft möglichst zu meiden. Bei Naturen, die etwas eigentlicher angelegt sind als wir, könnte es wohl sonst zu unliebamen Ausritten kommen.

Zur Kennzeichnung der antisemitischen Rowdie's theilt und ein Leser noch einen Vorfall mit, der sich am Dienstag Abend am Schleichers Bahnhof zutrug. Nach dieser Station fuhr ein jüdischer Händler in einem Stadtbahnwagen dritter Klasse, in dem sich einige antisemitische Müpkel befanden. Die Burschen stellten mit den Worten „Pumpenhund, stinkeriger Jude, Blaufänger über den Mann her, was zur Folge hatte, daß einige Arbeiter, die sich im Wagen befanden, dem Unfug steuerten. Die Bengel verhielten sich auch bis zum Anhalten des Zuges ruhig, doch gleich nachdem der Händler aus dem Wagen gestiegen, wurde er verfolgt und in der Koppenstraße mit einem Stock zu Boden geschlagen. Nachdem die Heldenthat vollbracht war, nahmen die Rowdie's natürlich Reißaus. Glücklicherweise blieb der Siegerlohn nicht aus, denn einige Arbeiter, die die Affäre beobachtet hatten, verfolgten die Vertreter modernen Germanentums und ertheilten ihnen, als sie in der Langenstraße eingeholt waren, eine derartige Lektion, daß sie zu künftigen Vethätigungen ihres Teufelthums kaum noch Lust verspüren dürften.

**Zum Chariteboykott.** Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider hat in seiner Sitzung am 19. d. Mts. ebenfalls beschlossen, der Charite keine Kranken mehr zu überweisen. Den gleichen Beschluß hat der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Lithographen und Steindruckere gefaßt.

**Eine Verbilligung der Postanweisungs-Gebühren** und des Postantrags-Portos war beim Staatssekretär im Reichspostamt Herrn Dr. von Stephan von dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller erbeten worden. Auf die betreffende Eingabe ist ein ablehnender Bescheid erfolgt, der damit begründet wurde, daß mit diesen Verbilligungen ein jährlicher Einnahmefall von mehreren Millionen Mark eintreten würde.

Die Herren Kaufleute und Industriellen hätten ihren Stephan denn doch auch etwas gründlicher kennen sollen. Rückwärts heißt heute die Parole.

**Schluß der Börse am Wahltag.** Nach Bestimmung des Aktienkollegiums bleibt die hiesige Börse am 31. Oktober, dem Tage der Urwahlen zum preussischen Landtag, geschlossen. Diese Rücksicht auf die Wähler vermessen wir bei den Reichstagswahlen, um so mehr als es sich dort um Millionen von Wählern aus dem Arbeiterstande handelt, die nicht über so viel Zeit verfügen als die Börhaner, sodaß die Verlegung der Wahl auf einen Sonntag sehr angebracht sein würde.

**23 000 neue Telephonapparate** sind in verschiedenen mechanischen Werstätten für die Berliner Teilnehmer bestellt worden. Seit einiger Zeit sind in Berlin und Umgegend sogenannte Induktionsapparate probeweise aufgestellt, die sich vorzüglich bewährt haben. Das Wesen findet mittels eines Induktors statt, der durch eine Kurbel in Thätigkeit gesetzt wird. Bei der Neueinrichtung kommt eine große Anzahl Elemente in Wegfall, so daß nur deren drei in dem Batterieschrank verbleiben. Dies sind zwei zur Erzeugung des Stroms beim Sprechen und eins für den Kontrollstrom. Durch die Einführung des Induktors wird an Arbeitskräften zum Nachsehen der Batterie erspart. Die Ausbesserung der Apparate, die bis zum 1. April 1894 beendigt sein soll, geht strahlenweise vor sich. Die Alte Jakobstraße hat bereits den Anfang gemacht.

**Die Lohnverhältnisse der Schaffner** an der Stettiner Bahn, die gestern von uns erörtert wurden, veranlassen einige Hülfsbeamten, das Glück zu schildern, dessen sie im Reiche des Herrn Thielen theilhaft werden. Der Lohn dieser Arbeiter beträgt 1 M. 80 Pfg. bis 2 M. 90 Pfg. pro Tag. Jahrgelder giebt es 80 M. für den Monat, Kronleuzsig 1 M. 40 Pf. und Miethentschädigung gar nicht. Feiertage sind auch rare Dinge für uns, heißt es weiter, „und falls einmal jemand sich freimachen muß, so zieht ihm der Vorsteher den Ausfall am Lohn ab. So gut, wie bei den Schaffnern, ist auch hier Besserung dringend nötig, aber auf Abhilfe hofft unter den heutigen Verhältnissen niemand.“ Zu den Verhandlungen wird weiter gemeldet:

Infolge der in den letzten Tagen vorgenommenen zahlreichen Verhandlungen unter dem Personal der genannten Bahn, ist diese in große Verlegenheit gesetzt worden, da für einige Züge so gut wie gar kein Fahrpersonal mehr vorhanden war. Sämtliche

Hülfsbeamten, Nothbremser etc. wurden zur Führung der Züge in Anspruch genommen. Wahrscheinlich werden von anderen Bahnen Beamte an die Stettiner- und Nordbahn vorläufig ausbillsweise überwiesen werden, um deren Mangel zu decken.

Zu den Veruntreuungen selbst ist noch zu melden, daß nachträglich noch zwei Schaffner festgenommen worden sind, so daß sich im ganzen 29 Personen hinter Schloß und Riegel befinden; so weit bis jetzt ermittelt, reichen die Veruntreuungen auf mindestens 4 Jahre zurück.

**Der Rixdorfer Galgen** soll nun doch endlich abgebrochen werden und zwar in nächster Zeit schon. Nachdem der Ueberzumpelungsversuch gegen die Eisenbahn-Verwaltung mißglückt ist und die Kanalisation unter Schonung des Galgens westlich von demselben unter die Geleise des Sädrringes hindurchgeführt ist, scheint eine gütliche Verständigung zwischen der Rixdorfer Ortsbehörde und der Eisenbahn-Verwaltung stattgefunden zu haben. Einstweilen ist die Benutzung des Ueberganges durch die Kanalisationsarbeiten sehr behindert und bis diese beendet sind, dürfte die Eisenbahn an dieser Stelle durch den Beginn des Umbaus der Station Rixdorf eine Behalt angenommen abben, welche den Galgen entbehren macht. — Inzwischen ist derselbe im Laufe des gestrigen Tages bereits abgebrochen.

**Arbeiterisiko.** Durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist am Montag Abend der Arbeiter Ignaz Hoppe, der Schloßschloßstr. 41 wohnte und in der Klinkfabrik am Malbach-Weiler beschäftigt war. Er machte sich an einem Kessel zu schaffen, der comprimirt Luft enthielt. Dabei lag der Deckel plötzlich hoch und traf Hoppe an den Kopf. Der Verunglückte fiel betäubt um und wurde durch Mitarbeiter nach Bethanien gebracht. Bevor man dort anlangte, war er bereits todt.

**Der aus Mittenwalde gemeldete Fund** alter Schulurkunden bestätigt sich. Sie befanden sich in verlegten Blechlapfeln. Die eine ist von der Stadt Berlin im Jahre 1562 ausgestellt und lautet über 400 Gulden (mit 6 Prozent verzinsbar), aus einer anderen vom Jahre 1549 geht hervor, daß Kurfürst Joachim sich von Mittenwalde 700 Gulden „Brandenburgischer Landesverrentung oder 18 Silberzwochen auf einen Gulden“ zum halben Zinsfuße geliehen habe. Der Magistrat („Wir Bürgermeister und Rathmannen beider Städte Berlin und Gdln an der Spree“) bekennt und thut kund vor uns und unsrer nachkommen“) verpflichtet sich „jeder zeit“, der Stadt Mittenwalde aus deren Forderung das Geld zurückzugeben, und falls sie die Schuld nicht bezahlen kann, sich der Stadt Mittenwalde mit einer der Städte Berlin oder Gdln zu eigen zu geben, mit aller beweglichen und unbeweglichen Habe der Einwohner und diese den Mittenwaldern als „hörig“ zu unterstellen. Wie ein Berichterstatter schreibt, beabsichtigt der Magistrat und die Stadtvertretung von den beiden Schulurkunden, die mit Zins und Zinseszinsen etwa 3500 Millionen (!) Mark betragen sollen, Gebrauch zu machen, d. h. das Hohenzollernhaus und die Stadt Berlin auf angemessene Entschädigung zu verlassen.

Wer hätte gedacht, daß von Mittenwalde solches Unheil drohen könnte. Vielleicht läßt Mittenwalde aber ein paar Milliarden ab.

**Ein gefährlicher Brand** suchte heute früh gegen 8 Uhr den Keller des Materialwaaren-Geschäfts von Hirt, Friedrichsstraße 1, heim. Dort war der Hausdiener mit Abfällen beschäftigt und hat sich dabei wahrscheinlich eines offenen Lichtes bedient; denn plötzlich erfolgte ein Knall und im Nu stand der ganze Inhalt des Kellers, 2 Faß Petroleum, 3 Faß Spiritus und kleinere Tonnen mit Schnapsen und Essig in Flammen. Auch die Einrichtung des Kellers hatte schnell Feuer gefangen. Mitten in dem Flammenmeer war der arme Hausdiener gleichsam gefangen, nur mit Mühe gelang es ihm zu entkommen, aber nicht, ohne daß er heftige Brandwunden am Kopfe davongetragen hätte. Zunächst fanden daher die Samariter Arbeit, die die Wunden verbanden und den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain schafften. Die Flammen wurden dann bald gedämpft.

**Der aus der Irrenanstalt Herzberge entwichene** Schreiber Krüger hat tatsächlich die gestohlene Kleidung des Oberärztes Maler, seinen Angaben gemäß, in der Bade-Anstalt in der Schönhauser Allee Nr. 152 abgegeben! Am Sonntag Mittag erschien in der obigen Anstalt, dem Schönhauser Bad, ein etwa 30-jähriger Mann, mit einem langen dunklen Ueberzieher bekleidet, der sich eine Badegelle erster Klasse anweisen ließ: als er die Badekabine nach etwa halbstündigem Aufenthalt verließ, übergab er dem Bademeister ein größeres zusammengeknüpfertes Paket mit der Bitte, es bis zum folgenden Tage aufzubewahren, wofür er ein anderer Herr abholen würde. Wie sich Tags darauf herausstellte, ist der Badegelle der Verbrecher Krüger gewesen, der, um die Privatkleidung und Geld zu erlangen, jedenfalls vorher einen Einbruchsdiebstahl begangen haben muß.

**Eine furchtbare Anfeuerung** rief gestern Abend gegen 9 Uhr auf dem Lehrter Stadtbahnhofe ein Entsetzen verbreitender Vorgang hervor, welcher durch die außerordentliche Aufmerksamkeit des Lokomotivführers des nach dem Westen zu ausfahrenden Stadtbahnzuges in seinen Folgen glücklicher Weise sehr beschränkt wurde. Trotz der zahlreichen Warnungen stieg auch hier ein alter, klapperiger Mann erst aus, als der Zug sich zur Wiederabfahrt eben in Bewegung gesetzt hatte. Hierbei blieb der Aussteigende mit dem linken Fuße am Trittbrett hängen und wurde auf dem Bahnsteige mit fortgeschleift. Ein rüstiger junger Mann, welcher Hand anlegte, um den in großer Lebensgefahr befindlichen Passagier aus seiner äblen Lage zu befreien, stürzte aber diesen hinweg aus dem Sturze hinaus und wurde ebenfalls mit fortgeschleift. Das gleiche Schicksal traf einen Bahnhofsarbeiter, welcher, Hilfe leistend, herzusprang. Die laute Ruf der gegünstigen Menge waren glücklicher Weise von dem aufmerksamen Lokomotivführer gehört worden, und es gelang dessen Manövern, den Zug in wenigen Augenblicken zum Stehen zu bringen. Der Bahnhofsarbeiter und der junge Mann, welcher infolge seiner Hülfsbereitschaft in so gefährdender Mitleidenschaft gezogen war, vermochten gleich aufzuspringen; ersterer hat sich nun einige Verletzungen an der rechten Hand zugezogen, letzterer ist glücklicher Weise ganz unverletzt geblieben. Auch bei dem alten Manne, in dem der in der Lehrterstraße wohnhafte Zimmerbohrer Robert festgestellt wurde, sind nur Abschürfungen am Kopf und am Bein festgestellt, er war vollständig im Stande, mit Hilfe anderer sich nach Hause zu begeben.

**Zum Mordanfall des Generals Kirchhof.** Einer Lokal-Korrespondenz zufolge hat am letzten Sonnabend ein Militärgericht in Sachen Kirchhof verhandelt. Ueber das Ergebnis verlautet natürlich, dank unserer herrlichen Militärstrafprozedur, nichts.

**Ein wildgewordenes Droschkensperd** rannte am Mittwoch Abend 9 Uhr am Kreuzungspunkt Ritterstraße-Alexanderstraße spornstreichs in einen des Weges kommenden Omnibus hinein und kam dabei derartig zu Schaden, daß es nach wenigen Minuten am Planufer verblüht war. Leider erlitt bei dem Vorfall auch ein Passagier durch Glasplitter eine glücklicherweise nicht gefährliche Verwundung an der Stirn.

**Vermisst** wird seit Montag, den 23. Oktober, der Schmied Karl Klaus, welcher an diesem Tage gegen 8 Uhr Abends seine Wohnung in der Köpnickstr. 43, von 3 Treppen, verließ, um nicht wieder in dieselbe zurückzukehren. Seine Anverwandten bitten hiermit jeden, der über seinen Verbleib Auskunft geben kann, dies doch recht bald — Adresse: Frau Klaus, Köpnickstr. 43 — zu thun. Die näheren Umstände beim Weggange

13 Vermissten lassen die Absicht eines Selbstmordes vermuten. Er war bekleidet mit grauem Jackettanzug, weißen Pacht-Unterhemden, wollenem Hemd, weissem Hemd, gezeichnet G. R., grauen Strümpfen, Lederhandschuhen, schwarzem Lederkriemen und schwarzem, steifem Filzhute. Bei sich hatte er ein weißes, rothgerändertes Taschentuch, gezeichnet G. R.

Ein neuer Cholerafall ist in Moabit festgestellt. Der Schiffer Sedorf aus Himmelfort ist am 18. d. M. von Brederiche, Kreis Templin, ein nicht infizierter Ort, mit Holz abgefahren, schickte sich am 22. d. M. noch wohl und als Kartoffel und Hering, ohne zu trinken. Am 23. erkrankte er auf seinem Kahn in der Schiffahrtskanal. Sein Vater ist von dem Fahrzeuge zur Beobachtung eingeleistet. Wie er sich angefaßt hat, ist unbekannt.

Herr Felix Bab, Schillingstr. 30, theilt uns in bezug auf die in Nr. 251 gebrachte Notiz mit, daß er mit dem Schwindler, dem die Polizei auf der Spur ist, keine Gemeinschaft hat.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Abends wurde ein Dienstmann an der Ecke der Vergr. und Invalidenstr. durch einen Postwagen überfahren und im Gesicht und am Unterschenkel bedeutend verletzt. — Am 24. d. M. Morgens wurde im Garten des Krankenhauses Friedrichshain die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Vormittags stürzte ein einjähriges Mädchen aus einem Fenster der im 2. Stock des Hauses Annenstraße 21 belegenen Wohnung seiner Großmutter auf den Hof hinab und erlitt außer inneren Verletzungen einen Schädelbruch. — Vor dem Hause Schönhauser Allee 10/11 wurde Nachmittags ein zehnjähriger Knabe von den durchgehenden Pferden eines Geschäftswagens zu Boden gerissen und durch einen Fußtritt am Kopfe schwer verletzt. — In dem Laden des Hauses Königstr. 50 entstand Nachmittags Feuer, welches fast das ganze Baarenlager zerstörte. Außerdem fanden drei kleine Brände statt.

## Versammlungen.

Eine gutbesuchte Generalversammlung der hiesigen Filiale des Unterstützungsvereins der Kupfer- und Schmiede Deutschlands tagte am 21. d. M. im Versammlungstokal Beintr. 11 bei Feindt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Kassenbericht vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. 2. Bericht über den Stand des Dispositionsfonds. 3. Arbeitsnachweis und seine Durchführung im letzten Quartal. 4. Verschiedenes. Der Kassirer verliest den Kassenbericht; daraus ist zu entnehmen, daß in der Vereinskasse die Einnahme 821,30 M., die Ausgabe 288,60 M., der Gewinn 532,70 M. betrug, davon wurden für den Reservefonds 19,77 M. verwendet, somit verblieben 512,93 M. Der Reservefonds betrug am 1. Oktober 200 M. In der Filialkasse stellt sich die Einnahme auf 773,37 M., die Ausgabe auf 608,33 M., der Bestand auf 165,04 M. Neu eingetreten sind 11, zugereist resp. vom Militär entlassen 23, abgetreten 32 Mitglieder, freiwillig ausgetreten ist je ein Mitglied, weil zu anderer Beschäftigung übergegangen und weil selbständig geworden. Ein Mitglied wurde wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen, ein anderes durch Filialbeschluss wegen Vergehens gegen § 8. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktober 231. Dem Kassirer wird Decharge erteilt. Zu Punkt 2 wird Bericht über den Stand des Dispositionsfonds erstattet. Demnach ist die Einnahme inkl. des Bestandes vom letzten Quartal 572,24 M. Die Ausgaben betragen 18 M. und der Bestand 554,24 M. Beiträge zu dem Fonds haben nur 140 Kollegen geleistet; einzelne hatten die nichtsfagende Ausrede, es wäre keine Liste in der Werkstatt; denselben wird bedeutet, doch die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Zu Punkt 3 bringt der Vorsitzende in Erinnerung, daß am 15. Juli d. J. der Beschluß gefaßt wurde, daß bezüglich der günstigen Geschäftslage der Arbeitsnachweis statutenmäßig durchgeführt wird. Trotzdem ist der Nachweis in der letzten Zeit mehrere Male umgangen worden. Aus dem Bericht geht hervor, daß 12 hiesige Arbeitgeber 21 Mal und 20 auswärtige den Nachweis 28 Mal demüthigt haben. Arbeit nachgewiesen erhielten am Orte 33, nach Auswärts 42 Kollegen. Am Schlusse der langen und erregten Debatte wurde ein Antrag angenommen, der dahin ging, daß die Kollegen, welche den Nachweis umgangen haben, nach § 8 des Statuts zu behandeln sind. Zu Punkt 4 wird ein Antrag angenommen, den streifenden Lithographen, da die meisten Anwesenden gegen das Piktogramm waren, 20 M. zu bewilligen. Von einem Kollegen wird der Vorschlag gemacht, in jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu wählen, welcher Antrag der vorgeschrittenen Zeit halber in dieser Versammlung nicht erledigt werden konnte. Hierauf erfolgt Schluß um 12 Uhr.

Im Verein deutscher Schuhmacher, Berlin II, hielt am Montag, den 23. Oktober, Kollege Hammacher einen Vortrag über die kapitalistische Produktionsweise und die Krisen. Beim Punkte Verschiedenes machte Kollege Schichold bekannt, daß die Arbeiter der Färbereimaischen Schuhfabrik am Sonnabend, den 25. November, ein Familienfranzöschchen abhalten und forderte die Anwesenden auf, nach Möglichkeit daran theilzunehmen. Eine längere Debatte entstand über einen Vorschlag Germann's, welcher lautete, daß für die Zukunft jede der drei hier bestehenden Filialen im Monat nur je eine Versammlung abhalten solle und außerdem monatlich eine kombinierte Mitgliederversammlung stattfinden habe. Auf Antrag wurde diese Sache für eine kombinierte Versammlung, welche in nächster Zeit stattfinden soll, vertagt. Der Kassirer machte bekannt, daß am

Sonntag, den 29. d. M., die Abrechnung für das 3. Quartal bei Meier, Bergstr. 10, stattfand, an welcher auch die übrigen Mitglieder theilnehmen können.

Auch die Militär-Invaliden sind unzufrieden mit ihrer Lage und um sie zu bessern, wollen sie sich organisiren. Schon längst sind die im Staatsdienste befindlichen Militär-Invaliden darüber erbittert, daß die ihnen zugesprochene Invalidenpension in die Kasse der sie beschäftigenden Behörde fließt. Jetzt bemühen sie sich, eine Abänderung des Militär-Pensionsgesetzes herbeizuführen und berufen zu diesem Zwecke in allen Städten des Reiches öffentliche Versammlungen ein. — Eine öffentliche Versammlung der Militär-Invaliden Berlins, die am 24. Oktober stattfand, war von etwa 800 Personen besucht. Wie es in Kriegerversammlungen und konservativen Versammlungen üblich ist, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Hätte man dieses nicht gehört, so hätten die übrigen Ausführungen des Vorsitzenden sowie der Redner den Irrthum hervorgerufen können, daß man sich in irgend einer anderen, sagen wir sozialdemokratischen oder Gewerkschaftsversammlung befinde, wo man über die Wahrung seiner berechtigten Interessen spricht. Die Redner gaben ihrem Groll unverhohlen Ausdruck und es muß jeder Unbefangene zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre Befürwörter wohl berechtigt sind. Die Versammlung lieferte den Beweis, daß es auch in Beamtenkreisen mit der Erkenntnis der Klagenlage vorwärts geht, nur können die Beamten infolge ihrer Stellung nicht so handeln, wie sie gerne möchten.

Zur Veranlassung stand eine Petition der im Staatsdienst befindlichen Militär-Invaliden, vom Feldwebel abwärts, an den Reichstag, um Befreiung der ihnen zugesprochenen Invaliden-Pension neben ihrem Zivildienst-Einkommen. Begründet wurde dieselbe mit dem Hinweis darauf, daß der Reichskassirer schon bei Abänderung der §§ 103 und 106 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 und 4. April 1874 vorgegeben habe, das Dienstverdienst der Offiziere sei zu niedrig bemessen und jede Bestimmung über Kürzung der Pension bei Anstellung im Zivildienst müsse aufgehoben werden. Bei den Militärinvaliden vom Feldwebel abwärts treffe das Gesagte in noch weit größerem Maße zu. Offiziere erhielten Pensionen bis zu 4000 M., damit ließe es sich schon leben. (Zustimmung.) Dem Zivildienstverdienst könne man heute nicht mehr die Bedeutung beilegen, wie in früheren Jahren. Pflicht des Vaterlandes wäre es, diejenigen, die im Dienste desselben ihre Gesundheit eingebüßt haben, gegen Noth und Elend im Alter zu schützen und nicht nur mit Almosen abzuspeisen. (Lebhafte Bravo.) Im Kommunaldienst befindliche Militärinvaliden stehen sich infolgedessen besser, als ihnen ihre Militärpension nicht vom Gehalt in Abzug gebracht wird; selbst Kommunen mit Staatszuschuß zahlen das Gehalt neben der Pension voll aus. — Einstimmig wurde beschlossen, das Bureau zu beauftragen, die Petition dem Reichstag zu übermitteln, gleichzeitig aber mit einigen Abgeordneten aller Parteien persönliche Rücksprache zu nehmen. Zur Bestreitung der Unkosten der Petition wurde sofort eine Kollekte veranstaltet. Ferner wurde die Gründung eines Vereins der Kriegs- und Friedens-Invaliden für Berlin und Umgegend angeregt; derselbe soll mit anderen derartigen Vereinen im ganzen Reich gemeinsam die Interessen seiner Mitglieder wahren und Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben suchen. Ein großer Theil der Versammlungsbesucher zeichnete sich sowohl in die Petitions- als auch Vereinslisten ein; jedoch wurden bereits Bedenken laut, ob der Verein die Genehmigung erhalten werde, da diese früher bei einer ähnlichen Gründung verweigert wurde.

In Charlottenburg tagte am 24. Oktober eine General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beetzow-Charlottenburg, in welcher unter lebhaftem Beifall Genosse Dr. Pinn einen Vortrag über: „Die konventionellen Lügen unserer Zeit“ hielt. Darauf berichtete Genosse Klitz für den Vorstand über die Thätigkeit desselben während des letzten halben Jahres. Im Anschluß daran theilte er mit, daß erfreulicher Weise die Mitgliederzahl des Vereins im genannten Zeitraum von 154 auf 251 angewachsen sei. Bedauernd fügte er jedoch gleich hinzu, daß die meisten während der Wahlbewegung neu eingetretenen Mitglieder schon jetzt im Bezahlen lässig würden. Der Kassirer, Genosse Schnell, verlas dann den Kassenbericht für das dritte Quartal. Nach demselben betrug einschließlich eines am Schlusse des zweiten Quartals vorhanden gewesenem Bestandes von 131,48 M., die Einnahme 896,93 M. Ausgegeben wurden 145,80 M., so daß ein Bestand von 251,13 M. am 1. Oktober verblieb. Die Versammlung erteilte dem Kassirer Decharge. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung desselben: Beier, 1. Vorsitzender; Bunge, 2. Vorsitzender; Schnell, 1. Kassirer; Rajop, 2. Kassirer; Jäde, Schriftführer; Wolter, Wernicke, H. Krause, Hilfskassirer. Als Revisoren wurden die Genossen Schletter, Zerbel und Jänert und als Bibliothekar Genosse Spremberg gewählt. Weiterer wohnt Krummestraße 85, v. 2 Tr. Er ist für die Mitglieder alle Abende von 6 bis 9 Uhr zu sprechen. — Schließlich faßte man noch den Beschluß, im Lokal des Genossen Krause, Bismarckshöhe, das diesjährige Stiftungsfest des Wahlvereins abzuhalten. Näheres wird später bekannt gemacht.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitg dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Auf die Erklärung des Herrn Briefe, Stadtfabrikanten in Charlottenburg, Krummestr. 7, erklären wir auf eine thatsächliche Erweiterung zu verzichten, da die Erledigung der Angelegenheit einen zu großen Raum in Anspruch nehmen würde. Wir laden vielmehr Herrn Briefe zu einer in nächster Zeit stattfindenden öffentlichen Versammlung ergeben ein, in der diese Sache klar gestellt und hoffentlich erledigt werden kann.

Die Agitationskommission der Stodarbeiter Berlins und Umgegend.

## Literarisches.

Der österreichischen Wahlrechtsbewegung ist die eben erschienene Nr. 103 der „Glühlichter“ gewidmet. In Wort und Bild werden die Gegner der Vorlage verspottet. Auch sonst bietet das Blatt mannigfache ansprechende Beiträge voll Satyre und Humor.

Wer sich aber erst über die Bedeutung der Wahlrechtsvorlage informieren will, dem empfehlen wir die im Inseratentheil unseres heutigen Blattes angezeigte Broschüre unseres österreichischen Genossen Victor Adler.

Der Moralunterricht der Kinder. Von Felix Adler. Herausgegeben von Georg von Sigmund. Berlin, Verlag von Ferd. Dümmler.

Glühlichter. Humoristisch, satyrisches Arbeiterblatt. Nr. 103. 4. Jahrgang. Genossenschafts-Buchdruckerei Wien IX., Alserstraße 92.

Pasilingua (Nevanglio). Die Sprache von Pan-Amerika. 1. u. 2. Heft. Von P. Steiner. In Kommission bei Louis Heuser in Neuwied.

## Vermischtes.

Die Cholera. Rom, 24. Oktober. In Palermo erkrankten in den letzten 24 Stunden 6 Personen an Cholera und starben 5. In Livorno, sowie in den übrigen von Cholera heimgesuchten Orten sind keine neuen Erkrankungs- oder Todesfälle vorgekommen. Petersburg, 24. Oktober. In Cholera erkrankten bezw. starben: vom 20. bis 23. d. M. in Petersburg 84 bezw. 33, vom 17. bis 19. d. M. in Moskau 5 bezw. 3, vom 8. bis 14. d. M. in Sebastopol 20 bezw. 12, in den Gouvernements Warschau 24 bezw. 11, Wolhynien 559 bezw. 213, Grodno 32 bezw. 22, Kalisch 7 bezw. 8, Kursk 217 bezw. 46, Lomsha 478 bezw. 225, Lublin 2 bezw. 1, Mohilew 100 bezw. 38, Ploz 28 bezw. 13, Suwalki 2 bezw. 1 und vom 24. September bis 14. Oktober in Kiew 262 bezw. 100.

Wie fittlich sind wir! Aus Leipzig wird berichtet: Dem Griftenwesen bei der hiesigen Studentenschaft will der Verein zur Hebung der Sittlichkeit zu Leibe gehen und Rektor und Senat haben ihre Mitwirkung zugesagt. Man hat bereits einen Studenten delegirt, wegen unästhetischen Umganges mit einem Mädchen und deren zeitweiser Unterbringung bei einer Logiswirthin. Der Wirthin ist die Aufnahme von Studenten unterjagt worden. Der Delegirte hat Beschwerde erhoben und es wird sich daher das Kultusministerium damit zu beschäftigen haben.

Wenn das Zusammenleben mit einer „Grifette“ das größte aller Uebel bei unsrer nach Bildung und Besitz maßgebenden goldenen Jugend wäre, dann könnten die Bourgeois von heute in der That noch Hoffnung auf die Zukunft ihrer Nachkommenschaft setzen. Aber wir sind ja so fittlich!

Marseille. Wunderliche Russen treiben sich, so wird der „Köln. Zig.“ geschrieben, in Toulon und hier umher. Man zeigte mir einen, der den Leuten seine Besuchskarten mit der Bezeichnung Journaliste franco-russe theilte. Ein anderer macht die hiesigen Restaurants unsicher, indem er sich weigert, die Rechnung zu zahlen, da er als Russe Gast sei. Das verjagt denn doch nicht überall; in einem Hause hat man den russischen Passanten höflich, aber einbringlich, an dem hiesigen Festtage wieder versprechen zu wollen, vorläufig aber zu bezahlen. In der Kasse dazu aber nicht im Stande war, so wurde er wie ein ganz gewöhnlicher Franzose hinausgeworfen.

## Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Bildungsschule. Folgende Geschenke gingen ein: Von Wicham Steed 10.—. Beim Geburtstag bei Eichler, gel. durch Lunow 1,20. Aus der Lueh'schen Werkstatt 4,15. Versammlungs-Ueberschüsse der Nordstraße 25.—. Vom Rechtsanwält Dr. Seyfeld durch Gumpel 50.—. Zusammen 90,65 M. Besten Dank. Berlin, 25. Oktober. G. R. S. n. i. g. s., Kassirer, Dieffenbachstraße 50.

Wotwig. Sobald der betreffende Redakteur vom Kölner Kongress zurückkommt, werde ich Ihren Brief vorlegen. N. 100. Ein solches Buch kennen wir nicht.

## !! Arbeiter !!

Jeder Fuselknaps untergräbt langsam aber sicher seine Gesundheit. Trinkt deshalb nur fuselfreie, natürliche Brannntweine. Solche sind die Cognacs, Marke Léonard Gonzac & Co. der Franch-Cognac-Brandy-Distillery in Germany, Centrale Berlin N., Oranienburgerstrasse 17. Zu haben wo Plakat ausgehängt und Standardflasche mit Original-Étiquette vorhanden ist. 4962L\*

## Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnstr. 162 (r. 123), Andreasstr. 54, Fruchtstr. 30, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. j. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelf. gef. 1 M. v. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 M. v. Stück. Derrren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blaugelagerten Nammgarn-Garderoben. 3716L\*

## Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part. vis-à-vis d. Andreasplatz, größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen, blicher gratin. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

## Echt Stonsdorfer Likör

4 Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10.—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90.—, 440M Eugen Neumann & Co. 6a Bollo-Allianzplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Homöopath. Arzt Dr. Gösch, Linienstraße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntags 8—10 Uhr.

Meine Wohnungen v. 1, 2 u. 3 Stuben, Küche und Kloset sind billig zu vermieten. Marienburgerstr. 35.

## !! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung Brunnenstr. 195.

## Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

Papagrien, 100 Stück junge gefehr. Jakob 16 M., Amozonen (Ringarm) 20 M., Kalabus 12 M., Gelbnacken, Affen, Papageibauer, Kanarienvögel, Zoologische Großhdlg. Rudolf Konopka, Spandauerstr. 88 2 Tr. 68/90

Verkaufe meine Destillation sofort bill. Engelhardt, Friedenstr. 74. 2776b

Möbl. Zimmer u. Kab. f. 2 Genossen & 12 M. Baisenz. 31 b. Trausj. 2771b

## !! Roh-Tabak !!

Sämmtliche in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt Max Flatauer, Roh-Tabak-Handlung, Landsbergerstraße 72.

## Detailverkauf sämmtl. Sorten

Roh-Tabak Rud. Völcker & Sohn, Köpnickestr. 45. (2767b)

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, Mauusstr. 38, u. d. Oranienplatz 4964L\*

Allen Genossen empfehle 4964L\* Genossenschafts-Brot sowie Backwaare, pro Stück 2 Pf., sende auch frei ins Haus. H. Wörner, Dieffenbach-Strasse Nr. 58a.

## Gophaftoff-Reste.

Teppiche m. Farbenschlern. Gardinen von 30 Pf. per Meter an. Fäuserstoffe, Tischdecken, Plordodecken von 2.— M. an offerirt G. Littmann, 5041L\* Landsbergerstr. 97, part. rechts.

## Meyer's Lexikon.

Brockhaus, Brehm's Thierleben, laut Antiquariat Hochstraße Nr. 56 L. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 895. Zweif. möbl. Schlafst. für zwei Parteien, genossen zu verm. Gollmannstr. 30, Hof 1 Tr. 2772b

## Arbeitsmarkt.

Euchtige Schneider auf einfache Damen-Jaquets in und außer dem Hause bei wöchentlich Abrechnung gesucht. Marsilinsstr. 11 v. 4 Tr. r. 2775b

Färbigmacher und Arbeits. Gurostr. 42. 2773b

Ein Drechsler gesucht. Jostenstraße 10, zweiter Hof 3 Tr. 5045b

Vergolderin verlangt in der Glas-schleiferei Schmidstr. 26. 2768b

## Der Spieler- und Wuchererprozess in Hannover.

Der seit Montag vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover sich abspielende Prozess enthält ein gutes Stück der Fäulnis unserer „besten“ Gesellschaft. Betrogene und Betrüger, Angeklagte wie Zeugen stehen gleichmäßig, wenn nicht vor dem Gesetze, so doch vor allem Volke bloßgestellt da. Auf der Anklagebank befinden sich eine Anzahl meist schon vorbestrafter „Bankiers“, Wucherer, Gauner und Spieler, und zu ihnen gesellt ist ein hochadeliger Rittmeister a. D., der den Schlepper jener fabelhaften Gesellschaft machte. Ein anderer gleichfalls adeliger Offizier ist vor der Anklage gestrichelt. Als Zeugen fungieren über 100 Offiziere vom Generalmajor bis zum Lieutenant, Studenten, Rittergutsbesitzer u. s. w. Tieselben Personen, die so besonders auf Einflusswilligkeit halten und von oben herab auf den achtbaren Bürger sehen, sondern sich am Spieltisch zusammen mit gewerbmäßigen Gaunern. Die Spielschuld warf sie wiederum den Wucherern in die Hand, und den verlorenen Tausenden wurden unbesiegt andere Tausende nachgeworfen. Mandes Mutterbörschen — wir finden unter den Zeugen Offiziere von rührender Unschuld und Unwissenheit — opferte in dieser Weise ein ganzes Vermögen und vernichtete sein Leben. Ein wenig kameradschaftlicher Geist mit richtigem Ehrbegriff hätte solche Verhältnisse, wie die in diesem Prozess zur Erscheinung kommenden, gar nicht aufkommen lassen.

Angeklagt sind: 1. Banquier Max Rosenberg, 2. Banquier Albert Heß, gen. Seemann, 3. Banquier Louis Abter, 4. Banquier Julius Süßmann, 5. Rentier Johann Hährle, 6. Rittmeister a. D. v. Meyerind, 7. Rentier Samuel Seemann, 8. Banquier Julius Rosenberg, 9. Geschäftsführender Julius Heinrich Ludwig Stamer.

Die Angeklagten Max Rosenberg, Abter, Albert Heß und ein Rentier Arnold Herbert Richter betrieben in Hannover ein sogenanntes Bankgeschäft. In Wahrheit machten dieselben aber keine Bankgeschäfte, sondern offerierten den Offizieren der dortigen Garnison und denen des Militär-Reit-Instituts in Hannover durch fiktive Gelddarlehen. Wolte nun ein Offizier Geld geliehen haben, so trugen die „Bankiers“ anfänglich Bedenken; schließlich erklärten sie sich aber bereit, die verlangte Summe auf Wechsel und gegen 5-6 pCt. Zinsen und 1-2 pCt. Provision, die stets sofort in Abzug gebracht wurden, zu leihen. Nunmehr erhielten die Offiziere einen Teil baaren Geldes, den größten Betrag erhielten sie aber in Gehalt von braunschweigischen, sächsischen und hamburgischen Loosen, und zwar nicht in Originalloosen, sondern in Antzeilscheinen, sogenannten Verzichtloosen, d. h. die Offiziere hatten nur auf die Klasse, auf die der Antzeilschein lautete, ein Anrecht, aber auch nur bis zu einem Gewinn von 2000 M. Kam das Loos mit einem höheren Gewinn heraus, so fiel derselbe den Darlehensgebern zu. Auf die folgende Klasse hatten die Offiziere in den meisten Fällen kein Anrecht. Jedemfalls aber erhielten sie bloß Antzeilscheine zu den Vorklassen; für die letzte Klasse, die bekanntlich die meisten Chancen bietet, hatten die Verzichtloose, die von den Angeklagten in großen Partien „randschneidende“ von dem Mitangeklagten Süßmann bezogen wurden, kein Anrecht. Nicht selten hatte ein Offizier Verzichtloose im Betrage von 10 000 M. und darüber in Besitz. Konnte nun der gegebene Wechsel am Verfalltage nicht eingelöst werden, so war, um eine Prolongation des Wechsels zu bewirken, ein neuer Looslauf erforderlich, und zwar in noch höherem Betrage als bei der ersten Ausstellung des Wechsels. So kam es, daß ein Offizier, der sich einige hundert Mark geliehen hatte, in kurzer Zeit viele tausend Mark schuldig war. Bei einer Prolongation des Wechsels oder einem zweiten Darlehen erhielten diejenigen, welche für bestimmte Loosnummern die erste oder mehrere der Vorklassen bezahlt hatten, andere Loosnummern, wofür sie wiederum die Vorklassen bezahlen mußten. Deren bisherige Nummern erhielten andere Offiziere, welche die Vorklassen auch noch einmal bezahlen mußten. Widrigenfalls erhielten die Offiziere auch bereits gezogene, also Loose ohne Werth. Ein Offizier, der sich von Abter 2500 M. lieh, mußte für 8500 M. Verzichtloose entrichten, so daß der zu unterzeichnende Wechsel auf 11 000 M. lautete. Diefem selben Abter übergab der Vater eines Offiziers, ein Rittergutsbesitzer, 2000 M., um Schulden seines Sohnes zu bezahlen. Abter rechnete sich für seine Vermählungen 300 M., hat aber die Schulden nicht bezahlt, sondern das Geld behalten.

Die Angeklagten Max Rosenberg, Heß, Hährle, Samuel Seemann, v. Meyerind, Stamer, Abter, der bereits erwähnte Rentier Richter und ein Lieutenant a. D. Freiherr von Jedlich-Neufeldt werden außerdem des gewerbmäßigen betrügerischen Glückspiels beschuldigt. Sie sollen alle größeren Badeorte, Kneipppläne und auch sonstige große Städte in Deutschland besucht haben, in denen sie durch Falschspiel eine ganze Reihe von Offizieren, und zwar vom Generalmajor bis zum Sekondeleutnant abwärts, sowie Rittergutsbesitzer, Studenten u. s. w. in des Wortes vollster Bedeutung ausplünderten. v. Meyerind und v. Jedlich spielten gewöhnlich die Rolle der Schlepper. Vermöge ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres schneidigen Auftretens fanden sie in den Kreisen der Offiziere u. s. w. leicht Eingang. Sie stellten ihre Kumpane unter falschen Namen als Großfabrikanten oder Großindustrielle vor und flücherten den Offizieren ins Ohr, daß diese Großindustriellen viel Geld haben, leidenschaftliche Spieler seien, aber kein Glück im Spiel haben. Es sei mithin ein Leichtes, diesen Leuten 50 bis 80 000 Mark abzunehmen. Wenn sich nun die herangeschleppten Opfer zum Spiel verleiteten ließen, so wendete sich stets das Glättchen. Die „Großindustriellen“ waren „ausnahmsweise“ vom Glück begünstigt; denn sie spielten mittels doppelten Rouletts, gezeichneten Karten und wählten auch durch Winke aller Art das Glück stets an sich zu fesseln, so daß die Offiziere z. B. vielfach in einer Nacht Tausende von Mark verloren. Gatten i. u. in die Gerupften nicht das genügende Bargeld bei sich, so mußten sie für den Restbetrag einen Wechsel geben. Wenn Samuel Seemann, der in Berlin wohnte, nach Hannover kam, so besetzte v. Meyerind die geeigneten Zimmer im „Hotel de Russie“ daselbst, sorgte dafür, daß zahlreiche Offiziere ins Hotel kamen und daß beim Spiel keine Störung eintret. Den aufwartenden Kellnern nahm v. Meyerind die bestellten Speisen und Getränke vor der Thür ab.

Es haben sich deshalb Max Rosenberg, Albert Heß genannt Seemann und Abter wegen gewerbmäßigen Wuchers, unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit anderer, sowie wegen gewerbmäßigen Glückspiels, Betrugs und Lotterievergehens, Samuel Seemann, v. Meyerind, v. Jedlich, Stamer und Hährle wegen gewerbmäßigen Glückspiels und Betrugs, Abter außerdem noch wegen Untreue und Unterschlagung, Julius Rosenberg wegen gewerbmäßigen Wuchers und Lotterievergehens und Süßmann wegen Beihilfe zum gewerbmäßigen Wucher und Betrugs, sowie ebenfalls wegen Lotterievergehens vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten.

Max Rosenberg, Heß, Abter, Hährle, von Meyerind und Julius Rosenberg sind sämtlich aus Hannover, Süßmann aus Hamburg, Samuel Seemann aus Berlin, von Jedlich und Richter sind sächsig. Richter ist anfangs Juni d. J. aus der

Lozarethstation des Untersuchungsgefängnisses entflohen. Er soll sich in Wien aufhalten.

Max Rosenberg ist bereits wegen Unterschlagung, Wechselstempelsteuer-Kontravention, gewerbmäßigen Wuchers, Betrugs und Lotterievergehens, Abter wegen Weineids und Beihilfe zum betrügerischen Bankrott mit 4 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust, Hährle wegen Diebstahls und Unterschlagung, Seemann wegen Diebstahls, Betrugs und gewerbmäßigen Glückspiels bestraft. von Meyerind ist Ritter des Rothen Adlerordens vierter Klasse mit Schwertern am Ringe und des Sächsisch-Ernestinischen Hausordens erster Klasse. Der fähigste gewordene Richter ist bereits wegen Veruntreuung, Hazardspiel und Wucher bestraft.

Die Verhandlungen begannen am Montag unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Feinroth mit der Vernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Süßmann erkennt an, daß er 2519/10 Loose der preussischen, braunschweigischen, sächsischen und hannoverschen Lotterie im regulären Planpreis von 221 758 M. für 11 593 M. 15 Pf. und an Heß genannt Seemann 585 Loose im regulären Planpreis von 88 310 M. für 2887 M. geliefert habe. Er selbst habe an jedem Loos etwa 50 Pf. verdient.

Die Angeklagten Max Rosenberg und Heß erkennen an, den Darlehen suchenden Offizieren die Lotterieloose für den regulären Planpreis geliefert zu haben. Sie wollen aber den Looshandel von dem Darlehenshandel vollständig getrennt gehalten haben.

Der Angeklagte Julius Rosenthal erklärt, daß er den Offizieren nur 5 bis 6 pCt. Zinsen pro Jahr und 1/4 bis 1/2 pCt. für die Darlehne berechnet. Er habe stets Originalloose, niemals sogenannte Verzichtloose verkauft.

Es wird hierauf die Spieleraffäre erörtert.

Der Angeklagte Hährle erkennt auf Befragen an, daß er 17 Jahre in Oesterreich, Ungarn, Deutschland, Belgien u. s. w. als Roulette-Bankhalter umgezogen und sich dadurch ein Vermögen erworben habe. Wegen Diebstahls sei er unschuldig verurtheilt. 1887 sei er nach Hannover gekommen und habe sich von Meyerind und dessen Bekannten zum Spiele überreden lassen. Seine Thätigkeit habe er nun nicht nur auf Hannover beschränkt, sondern auch auf Wiesbaden, Homburg, Frankfurt a. M., Hamburg, Aachen, Ostende u. s. w. ausgedehnt. Immer will er zum Spiel überredet sein. Falsch gespielt zu haben bestritt er.

Die Angeklagten Max Rosenberg und Heß geben zu, sich wiederholt am Spiel betheilig zu haben.

Der Angeklagte v. Meyerind bekundet: Er habe bei Breslau zwei Güter besessen. Das eine hatte einen Kaufpreis von 180 000 Thalern, das andere von 110 000 Thalern. Für das eine habe er 120 000 Thaler, für das andere 80 000 Thaler angekauft. Im Jahre 1880 sei er geneigt gewesen, beide Güter zu verkaufen. Für das eine habe er 555 000 M., für das andere 360 000 M. erhalten. Er sei alsdann mit seiner Familie nach Koburg und 1885 nach Hannover gezogen. Nachdem er seine Güter verkauft, habe er noch mit seiner Schwiegermutter zusammen eine Rente von jährlich 22 000 M. gehabt, auch noch den Rest seines väterlichen Erbschafts von 42 000 M. bekommen. Durch Spielverlust und seinen großen Haushalt sei er in Vermögensverfall gekommen. Im Jahre 1879 hat er bereits den Mani-festationsseid geleistet. Wie groß sein Aufwand gewesen, geht schon daraus hervor, daß sein jährlicher Fleischbedarf allein sich auf 5-6000 M. belief. Er bestritt das Spiel gewerbmäßig betrieben zu haben.

Am Dienstag erfolgte die Zeugenvernehmung. Etwa 85 Offiziere, die für diesen Tag als Zeugen geladen sind, werden in den Saal gerufen. Fast alle erscheinen in Uniform.

Lieutenant v. d. Veden-Ringelheim wollte von Max Rosenberg ein Darlehen von 10 000 M. aufnehmen. Geld habe er nicht erhalten, sondern nur Loose, für die er Wechsel gegeben habe.

Lieutenant v. Förster vom Garde-Kürassierregiment hatte erfahren, daß man von Rosenberg Geld bekommen könne, wenn man bei ihm Loose kaufe. Er begab sich deshalb zu diesem und sagte ihm, er wolle ein Darlehen von 2000 M. haben und gleichzeitig Loose kaufen. Rosenberg legte ihm ein großes Nummernverzeichnis von Loosen vor und gab ihm 2000 M. baar. Ueber die Loose und die 2000 M. baar mußte Förster einen Wechsel von 5000 M. ausstellen. Rosenberg brachte davon sofort 6 pCt. Zinsen und 1 pCt. Provision in Abzug.

Der Bäckereirevisor Töpfer bekundet, daß nach Ausweis der Bücher die von Rosenberg verkauften Loose ihm selbst 275 M. kosteten, während er sie dem Zeugen mit 2100 M. berechnete.

Lieutenant v. Söhlen vom 21. Dragoner-Regiment in Bruchsal hatte Spielschulden zu bezahlen und wandte sich an Max Rosenberg. Nachdem dieser sich über die Verhältnisse des Zeugen erkundigt, kam er zu ihm nach Bruchsal. Der Zeuge erhielt 7-8000 M. baar und eine große Anzahl Loose, worüber er einen Wechsel von 12 000 M. unterschreiben mußte. Bald nach Ausstellung des Wechsels sei der Vater des Zeugen gestorben, und da er behufs Erbregulierung Geld brauchte, habe ihm Rosenberg einen Kredit von 30 000 M. angeboten. 28-29 000 M. habe er ihm baar gegeben, außerdem eine große Anzahl Loose, bezw. ein Nummernverzeichnis. Darüber habe er einen Wechsel über 30 000 M. auf ein Jahr unterschreiben müssen. Nach Verlauf eines halben Jahres habe er dem Rosenberg, unter Rückgabe der nicht gezogenen Loose, 37 000 M. für den Wechsel bezahlt. — Bäckereirevisor Töpfer bekundet, daß Rosenberg an den Loosen 8 bis 9000 M. verdient habe.

Lieutenant v. Söhlse vom 26. Infanterie-Regiment hat von Max Rosenberg kleine Darlehen in Raten von 30, 40, 60 M., im ganzen etwa 800 M. geliehen. Dazu habe er Loose für etwa 600 M. erhalten und einen Wechsel über 1800 M. ausstellen müssen. Durch Prolongationen sei diese Summe auf 12 000 M. gewachsen.

Auf die Vernehmung einer Reihe weiterer Zeugen, die ähnliche Fälle bekunden, wird verzichtet. Max Rosenberg steht wegen Wuchers nicht unter Anklage, da derselbe nach Holland flüchtig, von der dortigen Regierung zwar ausgeliefert sei, diese Auslieferung aber nicht wegen Wuchers erfolgt sei. Dasselbe ist der Fall betreffs Heß genannt Seemann. Es handelt sich also nur um die Anklage gegen Süßmann wegen Beihilfe zum Wucher.

Die Zeugen Lieutenant v. Schulenburg, Premier-Lieutenant v. Sütlichau bekunden gleiche Darlehensgeschäfte, wie die oben erwähnten, mit Heß abgeschlossen zu haben.

Der Rittergutsbesitzer Frhr. v. Schierstädt hat erzuht, ihn noch heute zu vernehmen, da er als Mitglied der Brandenburgischen Provinzialsynode schwer abkömmlich sei. Dem Ersuchen wird entsprochen.

Frhr. v. Schierstädt bekundet, daß er dem Angeklagten Abter 19 700 M. gegeben, um die Schulden seines Sohnes zu reguliren und ihm des Abends die Quittungen zu bringen. Abter habe ihm auch einen Theil beglichener Rechnungen gebracht, die übrigen Gläubiger, so bemerkt Abter, habe er nicht getroffen, diese seien angeblich beim Tode gewesen. Einige Zeit darauf sei er wegen nicht bezahlter Schulden seines Sohnes, die Abter reguliren sollte, verklagt worden. — Abter bemerkt: Schulden von 46 000 M. kann man nicht so im Handumdrehen mit 19 700 M. reguliren.

Rentier Simon bekundet, von Abter den Schierstädt'schen Wechsel über 4000 M. für 1500 M. gekauft und eingelöst zu haben. Später habe Abter den Wechsel für 1250 M. eingelöst.

Lieutenant Georg Frhr. v. Schierstädt vom 2. Garderegiment bekundet, von Abter 7-800 M. gegen Wechsel geliehen und ihm auf sein Andringen für 2200 M. Loose zur preussischen Lotterie abgenommen zu haben. Für diese Loose und eine Anzahl Rechnungen habe er Abter einen Wechsel über 4000 M. gegeben. Trotz allen Drängens und obwohl er alle 4 Klassen mit dem Wechsel bezahlt hatte, habe er die Loose zur vierten Klasse nicht bekommen, Abter habe auch die Rechnungen nur zum Theil beglichen. Er (Zeuge) habe deshalb dem Abter geschrieben: wenn er die Loose zur vierten Klasse nicht erhalte, werde er den Wechsel nicht bezahlen.

Die Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt.

## Soziale Ueberlicht.

An die Gewerkschaften Berlins!

Es braucht nicht nochmals hervorgehoben zu werden, daß der Streik bei der Kunst- und Verlagsanstalt vormals A. u. C. Kaufmann in Brandenburg a. H. von der Berliner Gewerkschaftskommission sanktionirt wurde.

Wir benötigen wöchentlich 2500 M. zur Unterstützung der Streikenden. Den Delegirten sind bereits die Listen zugegangen. Wir bitten dieselben eilig zurückzulassen.

Die Abrechnung sowie der Empfang neuer Listen findet statt bei:

- S. Simonsohn, Buchhandlung, N. Invalidenstr. 5;
- Oskar Luchmann, Zigarrengeschäft, O. Zwirngraben, an der Spandauer Brücke, Stadtbahnhofen 5;
- M. Brall, Zigarrengeschäft, N. Swinemünderstr. 4;
- Danisch, SO. Scheinestr. 1.

Das Komitee.

Wieder eine schwarze Liste erwischt! Nachstehendes lithographirtes Schriftstück fiel der Redaktion des hannoverschen „Volkswillen“ in die Hände:

Hannover, den 4. Juni 1890.  
Nr. 778. I. B.

Wegen agitatorischer Thätigkeit mit Beziehung auf die Feier des 1. Mai sind im Eisenbahn-Lirektionsbezirke Berlin entlassen:

1. Der Lokführer Oskar S. . . . . geboren am 28. Januar 1856 zu Berlin, zuletzt beschäftigt in der Hauptwerkstätte Grunewald;
2. der Rangierer Otto S. . . . . 25 Jahre alt, geboren zu Götting;
3. der Rangierer Friedrich U. . . . . 25 Jahre alt, geboren zu Götting, beide zuletzt auf dem Bahnhofe Götting beschäftigt.

Die vorgenannten Arbeiter sind bei etwaiger Meldung nicht zur Beschäftigung zuzulassen.  
Königl. Eisenbahn-Betriebsamt (S.-Mh.)  
Schulze.

An sämtliche Herren Dienststellen-Vorstände.  
Nr. 211 S. I. (je besonders.)

Die Namen, die wir nur andeuten, sind in dem Schriftstück voll angegeben.

Wie man sieht, ist die Vernehmung ehrllicher Arbeiter in ganz empörender Weise betrieben worden! Und was war das „Verbrechen“ der Brotlosgemachten? Weshalb sollten sie durch Hunger „luxirt“ werden?

Wegen agitatorischer Thätigkeit mit Beziehung auf die Feier des 1. Mai 1890!

Arbeiter! Merkt's Euch, wie man gegen Euch vorgeht! Gebt dieses Blatt von Hand zu Hand, und wenn Euch dabei gerechter Unwille das Blut rascher durch die Adern treibt, dann gedenkt, daß es in Eurer Macht liegt, diese unwürdigen Zustände zu beseitigen! Agitirt, organisiert! Seid unermüdetlich für Eure Befreiung thätig — und die ehrlliche Arbeit wird sich nicht mehr mit der Hungerpeitsche schlagen zu lassen brauchen!

Wer profitirt von der Sozialgesetzgebung? Uns wird geschrieben: Im Betriebe der Glasfabrik Pagenburg in Hannover zog sich vor etwa zwei Jahren ein fünfzehnjähriger Pflichten-träger eine Verletzung zu, welche die Lähmung eines Mittelfingers zur Folge hatte. Der damalige Direktor der Fabrik hatte dem Verletzten kategorisch mitgetheilt, daß es für eine Schädigung dieser Art keine Invalidentrente gäbe, und dabei blieb es. Kaum ein Jahr nach diesem Vorfalle hatte derselbe Arbeiter das Unglück, den Daumen der linken Hand im Betriebe zu verlieren; nunmehr wurde ihm schließlich eine Unfallrente in der stattlichen Höhe von 8 Mark 75 Pfennig pro Monat zuerkannt. Doch das dicke Ende kam nach, denn als der Verletzte die Arbeit wieder aufgenommen hatte, wurden ihm ohne weiteres 20 Pf. täglich vom Lohn abgezogen! Die legendäre Wirkung des Unfallversicherungsgesetzes zeigt sich also drastisch an folgendem einfachen Rechenexempel. Die Unfallrente beträgt 8,75 M. monatlich oder 45 M. pro Jahr; der Ausfall an Arbeitslohn pro Tag 20 Pf., pro Woche 1,40 M. (in der Fabrik wird nämlich mit Silber die schöne Sitte der Sonntagsarbeit gepflegt) und pro Jahr 72,80 M. Als der Verletzte 15 Jahre alt war, verdiente er 1,20 M. pro Tag, jetzt, da er ins achtzehnte Jahr geht und noch bei der nämlichen Arbeit beschäftigt ist, bekommt er nur eine Mark täglich. Wer profitirt von der Sozialgesetzgebung?

Bei Lohn-Abstrichzahlungen sind Marken zu kleben.

Nach § 109 des Gesetzes betreffend die Invalidenten- und Altersversicherung sind die Beitragsmarken bei der Lohnzahlung in die Quittungsarten einzukleben. Abschlagszahlungen, welche vor dem Fälligkeitstermin geleistet werden, gelten als Lohnzahlungen im Sinne des § 108, wie das Reichsversicherungsamt entschieden hat. Bei jeder Abschlagszahlung müssen also die Arbeitgeber alle bis dahin rückständigen Marken einkleben, wenn sie sich vor Strafe schützen wollen.

Ein Arztstreik droht auf Neujahr in dem frommen Schweizerkanton Luzern auszubrechen. Es sind die Ärzte der Kantonen Sursee und Willisau, welche in einer Eingabe an den Regierungsrath Abschaffung der sog. Armenreise verlangen, von der humanen Ansicht ausgehend, daß es auch dem Armenamt gestattet sein solle, denselben Arzt zu wählen, zu dem er Vertrauen besitzt. Ferner wollen sie das armenärztliche Stigma wegdekretirt und ihre Leistungen nach einem festzusetzenden mäßigen Tarife honorirt wissen. Das Armenamt vom Jahre 1890 theilt nämlich den Kanton in Armenarztkreise ein und zwar so merkwürdig, daß der dürftige Hilfsuchende manchmal Stundenlang zu einem Armenarzt gehen muß, während der Arzt seiner eigenen Wahl ganz in der Nähe wohnt. Als „Honorar“ bestimmt das betreffende Gesetz einem Armenarzt für je 1000

